

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Unabhängige Sozialdemokratie zur oberschlesischen Frage.

Das Zentralkomitee der USF. nahm am 25. Mai zur oberschlesischen Frage Stellung und faßte die folgende Entschliessung:

„Die Entwicklung des oberschlesischen Konflikts macht eine Stellungnahme des Proletariats erforderlich.

Durch den Friedensvertrag von Versailles wurde die Entscheidung über die künftige staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens der Entente anheingestellt auf Grund einer in Oberschlesien selbst vorzunehmenden Volksabstimmung. Die Abstimmung hat im ganzen Bezirk zwar eine starke Mehrheit für Deutschland erzielt, in einzelnen Kreisen aber hat die Bevölkerung überwiegend für Polen gestimmt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Von diesem Standpunkt müssen wir das Abstimmungsergebnis würdigen. Es geht nicht an, daß der Wille großer Teile der Bevölkerung mißachtet, daß ihnen eine Staatszugehörigkeit aufgezwungen wird, die sie selbst nicht wünschen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat dementsprechend gefordert, daß rechtzeitig eine Verständigung mit Polen herbeigeführt werde, durch die nicht nur die Interessen der oberschlesischen Bevölkerung, sondern auch die Interessen des deutschen und des polnischen Volkes gewahrt worden wären. Eine solche Verständigung ist leider nicht erfolgt. Den alliierten Regierungen bleibt es nunmehr überlassen, die letzte Entscheidung über die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien zu treffen. Dabei stellen wir dem Friedensvertrag nicht nur die Abstimmungsergebnisse, sondern auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse und die geographischen Verhältnisse berückichtigt werden.

Nur wenn bei dieser endgültigen Entscheidung die wirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands und Polens berücksichtigt werden, wenn insbesondere durch einen Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und Polen die Verfügung über die Rohstoffe und über die Industrie Oberschlesiens so geregelt wird, daß die Interessen beider Länder gewahrt bleiben. Nur eine solche Lösung der Krise wird der Gegenseitigkeit der beiden aufeinander angewiesenen Länder befähigen.

Die Finanzzüglerung ist von den Polen ausgenutzt worden, um durch einen Aufstand in Oberschlesien sich zu tatsächlichen Herren möglichst großer Gebiete zu machen und dann diesen gewalttätig geschaffenen Zustand als Grund für die Zuteilung dieser Gebiete an Polen verwerten zu lassen.

Der Friedensvertrag überantwortet bis zur endgültigen Festlegung der neuen Grenzen das Abstimmungsgebiet der Verwaltung durch ein Entente-Kommissariat. Entente-Truppen haben während dieser Zeit die Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie haben sich ihrer Aufgabe, den polnischen Aufstand abzuwehren, nicht geschonert.

Dieser Zustand hat den deutschen Nationalisten Un-

schick gegeben, ihrerseits Kriegsvollwillinge von Deutschland aus nach Oberschlesien vorzuschieben, um den unter Oberaufsicht der Entente stehenden deutschen Selbstschutz zu unterstützen oder gar zu ersetzen. Diese deutsch-nationalistische Gegenaktion gegen den polnischen Vorstoß liefert wiederum den französischen Nationalisten den Vorwand, Deutschland mit neuen Sanktionen, insbesondere abermals mit der Besetzung des Ruhrgebiets zu bedrohen.

Bisher hat die Reichsregierung sich geweigert, dem Vordringen deutscher Freiwilliger nach Oberschlesien Vorkurs zu leisten. Sie hat die deutsch-oberschlesische Demarkationsgrenze gesperrt und ein Verbot gegen die Expedition von Freiwilligen-Truppen erlassen.

Es besteht aber die Gefahr, daß die Fortführung der nationalistischen Vorkämpfe in Oberschlesien schließlich Polen einseitig und Deutschland andererseits in den Konflikt hineinzieht. Das würde wieder ein Signal für das Eingreifen Frankreichs sein, dessen Nationalisten nur auf eine solche Gelegenheit lauern. Ein neuer Weltkrieg in Europa wäre entbrannt mit allen seinen furchtbaren Folgen für die Arbeiterklasse aller Länder.

Angesichts dieser Gefahren richtet die Verammlung an alle Arbeiter Deutschlands und Polens, besonders an die Oberschlesier, ganz gleich, welcher Sprachgemeinschaft sie angehören, die dringende Aufforderung, sich durch keinerlei nationalistische Heereien zu der Beteiligung an den Kämpfen in Oberschlesien aufzureißen zu lassen und zwar auch dann nicht, wenn das unter dem Vorwande geschieht, die nationalistischen Kämpfe in Oberschlesien durch das Eingreifen des Proletariats zu einem Klassenkampf gegen die Unternehmerschaft umzugestalten. Denn auch solche Aktionen würden von den nationalistischen Kapitalherren zur Völkerverhetzung und zur Entfaltung eines imperialistischen Krieges ausgebeutet werden.

Den Organisationen der deutschen Arbeiterklasse, vor allem aber den Gewerkschaften und Betriebsräten erwächst nunmehr die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die von der Regierung angeordneten Maßnahmen nicht auf dem Papier stehen bleiben. Sie müssen mit den notwendigen Befugnissen ausgerüstet werden, um jeden Transport von Druckschleuten, jede Ansammlung von Freiwilligen-Truppen, jede Verwendung von Kriegsmaterial zu verhindern. Nur bei Erfüllung dieser Forderungen wird das nationalistische Treiben ebenso schnell verschwinden, wie es entstanden ist.

Wie wir in Deutschland uns bemühen, der Ausnutzung der oberschlesischen Wirren zu nationalistischen Kämpfen entgegenzuwirken, muß das internationale Proletariat überall, müssen besonders unsere englischen, französischen, belgischen und italienischen Genossen ihren eigenen Kriegsheern in den Arm fallen. Nur durch Zusammenwirken des internationalen Proletariats kann diese neue Kriegsgefahr gebannt und die Menschheit dem sozialistischen Weltfrieden nähergeführt werden.“

### Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

### Das Urteil im ersten Kriegsverbrecherprozeß

#### 10 Monate Gefängnis.

Im Kriegsverbrecherprozeß gegen den ehemaligen Unteroffizier Heynen vor dem Reichsgericht wurde heute früh das Urteil gefällt. Es lautet auf 10 Monate Gefängnis.

Den Bericht über den letzten Verhandlungstag finden unsere Leser in der Beilage. Auf den Prozeß und das Urteil werden wir noch zurückkommen.

### Rathenau Wiederaufbauminister.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat der Berliner Vertreter des Journal seinem Blatte mitgeteilt, daß ihm offiziell die Mitteilung gemacht wurde, daß Rathenau das Wiederaufbauministerium angenommen habe.

### Bayern will entwaffnen?

München, 25. Mai. In der Besprechung der Regierung mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien über die Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren hat sich eine förmliche Uebereinstimmung darüber ergeben, daß die Entwaffnung im Einklang mit den Forderungen der Entente durchgeführt werden müsse. Ministerpräsident Dr. v. Kaahr legte die Maßnahmen dar, die das Kabinett in Aussicht genommen hat, und gab Erklärungen ab über die Mittel, die zur Durchführung dieser Maßnahmen angewendet werden sollen. Die Koalitionsparteien erklärten sich mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten voll einverstanden. Am Freitag wird ein weiterer Ministerrat über die Entwaffnungsfrage zusammentreten. Daraus wird an demselben Tage oder am Sonnabend der Mi-

nisterpräsident im Haushaltsausschuß des Landtags über die Einwohnerwehrfrage Erklärungen abgeben.

So meldet die bürgerliche Presse, gleichzeitig aber schreibt die Münchner Süddeutsche Presse:

Die Krise der Entwaffnungsfrage ist, wie wir erfahren, noch keineswegs gelöst. Nach zuverlässigen Mitteilungen machen sich in der Einwohnerwehr selbst sehr starke Widerstände gegen die vom Reich angeordnete Entwaffnungsaktion bemerkbar, die besonders auch in einem Teil der Führer, augenscheinlich auch am Landeshauptmann selbst, ihre Stütze finden. Mit wachsender Besorgnis betrachtet man in den parlamentarischen Kreisen und auch in der Einwohnerwehr selbst die Haltung Eicherichs, die nicht jene Einsicht in die Notwendigkeit und jene Rücksicht auf die Gesamtinteressen verrät, die man von einem Führer an solch verantwortlicher Stelle voraussehen muß.

Im kritischen Gegenfah dazu behauptet eine Münchner Meldung der Frankfurter Zeitung vom 26. Mai:

Der Landeshauptmann Eicherich hat vor einem Kreise berufener Zeugen erklärt, daß er sich ohne Einschränkung hinter die Regierung v. Kaahr stellen und ihren Beschlüssen, wie sie auch lauten mögen, unbedingt Geltung verschaffen werde. Es besteht nicht der geringste Anlaß, die Loyalität dieser Versicherung und die ernste Absicht ihrer Verwirklichung zu bezweifeln.

Die Verantwortung für die letztere Behauptung müssen wir dem Frankfurter Blatt überlassen.

### Ein verhängnisvolles Großfeuer.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Lokalanzeiger meldet aus Harbke bei Helmstedt: Seit gestern mittag steht die Heberlandzentrale in Harbke, die Unhalt, Braunshweig und die Provinz Sachsen mit Strom versorgt, in Flammen. Das Feuer ist auf das Turbinenhaus übergegangen, das vollständig außer Betrieb ist. Die an die Heberlandzentrale angeschlossenen Drähtschiffen und Betriebe bis nach Magdeburg hin, etwa 1500 Drähtschiffen und fast die gesamte Kalkindustrie sind ohne Licht und Kraft.

### Der Ruf nach Reichstagswahlen.

Seit einigen Tagen behandelt die rechtssozialistische Presse die Regierungsbildung in ziemlich aufgeregter Weise. Der Vorwärt's, der bis zum 10. Mai die Beteiligung seiner Partei an der Koalitionsregierung bekämpfte und gute Gründe für seine Auffassung vorbrachte, ist seit dem 10. Mai — ob auf Befehl von oben, oder aus eigener schneller Sinnesänderung, sei dahingestellt — umgeschwenkt und verteidigt nun den Eintritt in die alte Koalitionsregierung, die eine Minderheitsregierung darstellt. Sehr wohl ist es ihm bei dieser Aufgabe nicht und er fühlt wohl selbst, daß die Situation sowohl für die Regierung im ganzen wie für seine Partei immer dringlicher wird. Bei den bürgerlichen Koalitionsparteien drückt sich die Erkenntnis über die immer schwieriger werdende Lage in dem Bestreben aus, die Deutsche Volkspartei zur Koalition zu bekommen, sei es, daß sie Vertreter in die Regierung entsendet, sei es, daß sie der Regierung wohlwollende neutrale Unterstützung leistet. Zentrum und „Demokratie“ nehmen auf ihren rechtssozialistischen Verbündeten sehr wenig Rücksicht und betreiben die Verbreiterung der Koalition nach rechts sehr energig. So billig wie die Sozialdemokratie, d. h. um einiger Ministerstühle willen, ist die Sinnesänderung, die sie zu haben; sie stellt ihre Bedingungen, die sowohl in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht sehr weitgehend sein werden. Auf dem dieser Tage in Freiburg in Baden abgehaltenen Parteitag der Deutschen Volkspartei für Baden hat Striesmann nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung gesagt:

„Man hat die Deutsche Volkspartei aufgefordert, an dem neuen Kabinett teilzunehmen, man wollte mit dem Ansehen, das die Deutsche Volkspartei genießt, das neue Kabinett decken; für uns kommt aber eine vollkommene Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen als Voraussetzung unserer aktiven Mitarbeit in Frage. Auch die Demokraten können als bürgerliche Partei eine Politik auf der gegenwärtigen Basis, die von der Gnade der Unabhängigen abhängen kann, nicht mitmachen. Wir sind für völlige Gleichberechtigung der Sozialdemokratie; wir sind bereit, mit ihr zu arbeiten. Der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt, der nicht mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten will, und wer nicht erkannt hat, daß es darauf ankommt, die Sozialdemokratie zu positiver Mitarbeit heranzuziehen.“

Die Volksparteier sind für Gleichberechtigung der Sozialdemokratie, wenn diese das wirtschaftliche und politische Programm der Sinnespartei mit ausführen hilft, wie es von Lenck kurzlich in der Deutschen Allgemeinen Zeitung dargelegt worden ist: Sie muß sich alle „sozialistischen Fäulnisse“ aus dem Sinne schlagen und den Hochkapitalismus mit herbeiführen helfen.

Wie die gegenwärtigen Verbündeten der Sozialdemokraten an ihr handeln, dafür liegen folgende Tatsachen vor. Nach dem in solchen Dingen immer gutunterrichteten Lokalanzeiger sind die Führer der Demokraten in den letzten Tagen mehrere Male beim Reichskanzler Wirth gewesen, um ihn zu veranlassen, die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Regierung einzuladen. Daraus geht mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hervor, daß die „Demokraten“ nicht früher ruhen, bis sie die Deutsche Volkspartei wieder an ihrer Seite haben. Das Zentrum arbeitet in der gleichen Richtung; es drängt mit Macht auf einen nach rechts gerichteten Kurs. In einer aus parlamentarischen Kreisen an die Germania gerichteten Zuschrift heißt es:

„Wer glauben sollte, die Regierung sei bei ablehnender Haltung einer früheren Koalitionspartei gezwungen, Forderungen sehr weit links stehender Kreise anzunehmen, die zur Erfüllung des Ultimatus und zum allmählichen Wiederaufbau nicht absolut notwendig sind, sondern nur einer Theorie zum Siege verhelfen sollen, die von unzerstörlicher Weltanhängung unbedingt abgelehnt werden muß, der gibt sich einer schweren Täuschung hin. Auch für die Zentrumspartei gibt es Grenzen des Entgegenkommens. Das wollen wir vor allem jenen sagen, die nach links hin sich so lebhaft bemühen. Spekulationen auf einen sogenannten linken Flügel im Zentrum oder auf seine Arbeitergruppe würden sich bald als höchst töricht erweisen.“

Die alte Koalition kristallisiert sich aber immer mehr heraus, und man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß das Uebereinkommen von Zentrum und „Demokraten“ mit der Deutschen Volkspartei weiter gebrochen ist, als es nach außen bekannt geworden ist und erscheint. Die Sozialdemokratie ist so nur geduldet, weil man sie als Verhüllung zur Täuschung der Arbeiterklasse gebraucht.

Sie treibt aber das gleiche Täuschungsmanöver mit ihren Anhängern, wie ihre Bundesgenossen es mit ihr treiben; indem sie ihnen vorredet, sie habe allein in die Minderheitskoalitionsregierung eintreten müssen, weil die Unabhängigen nicht bereit gewesen seien, mit ihr und dem Zentrum eine Regierung zu bilden. Auch das nach elf Tagen nach der Regierungsbildung vom Vorsitzenden Weis an die Unabhängige Sozialdemokratie gerichtete Schreiben hält diese falsche Behauptung zu Täuschungszwecken aufrecht. In der Freiheit räumt Genosse Ledebour nun mit diesem Täuschungsmanöver auf. Er weist nach, daß die rechtssozialistische Fraktion schon bereit war, mit dem Zentrum allein eine Regierung zu bilden, ehe sie noch mit der USF-Fraktion verhandelt oder auf die an sie gerichtete Frage eine Antwort



hatte; mit 56 gegen 20 Stimmen hatte die SPD-Fraktion beschlossen, mit dem Zentrum allein eine Regierung zu bilden. Es ist nicht so, wie Weis durch das Schreiben glauben machen möchte, als ob die SPD-Fraktion unserer Reichstagsfraktion zwei alternative Fragen gestellt hätte: 1. Sozialistische Regierung, 2. Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien? Sie war, wie die Tatsachen zeigen und wie aus dem Schreiben von Weis selbst hervorgeht, entschlossen, mit dem Zentrum allein eine Regierung zu bilden, ehe sie noch mit der USP verhandelt hat. Erst wenn das Zentrum abgelehnt hätte, war an eine Regierungsbildung mit unserer Partei gedacht. Als Crispin und Ledebour der SPD die Antwort ihrer Fraktion mitteilen wollten, war die Sitzung der SPD schon zu Ende und die Mitglieder hatten bis auf Weis das Zimmer verlassen gehabt, ihm teilten sie die Antwort mit. Auf Veranlassung von Ebert ist dann das Bündnis des Zentrums und der Rechtssozialdemokratie noch auf die Demokraten ausgedehnt worden.

Genosse Ledebour macht aber noch eine weitere Feststellung, die auf die Bundesgenossen der Rechtssozialisten ein großes Licht wirft. Das Zentrum hat es durch Beschluß abgelehnt, für das Ultimatum zu stimmen, wenn eine sozialistische Regierung zustande käme. Für das Zentrum war das Vaterland durch eine etwaige Ablehnung des Ultimatus nur solange in Gefahr, als es selbst mit an der Regierung beteiligt ist, wäre eine sozialistische Regierung zustande gekommen, so hätte es bedenkenlos gegen die Annahme des Ultimatus gestimmt. Nach diesen Feststellungen sind die Mächte nun wohl zu Ende, die die Rechtssozialisten Tag für Tag ihren Weibern erzählen, als hätten sie nur unter dem Zwange der Verhältnisse gehandelt, als sie wieder mit bürgerlichen Parteien zusammen eine Regierung bildeten, und noch obenrein eine Minderheitsregierung, vor der sie, wenn sie aus Sozialdemokraten besteht, einen so großen Abscheu und so große Furcht haben. Auch der Schwindel ist damit erledigt, den die rechtssozialistische Presse vor einigen Tagen in die Welt setzte, daß von der USP-Fraktion 20 Mitglieder für eine Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien gestimmt hätten.

Jetzt, wo sich immer mehr herausstellt, daß die Rechtssozialdemokratie mit ihrem Regierungseintritt einen schweren politischen Fehler gemacht hat, jagen einzelne ihrer Häupter an nach einem Ausweg zu suchen. Im Abtuh-Abendblatt hat Scheidemann einen Artikel veröffentlicht, in dem er zu dem Schluß kommt, daß das Programm, das die Stunde fordert, mit den jetzigen bürgerlichen Koalitionspartnern nicht auszuführen sei und daß es keinen andern Ausweg gebe, als Reichstagswahlen auszuschreiben. Er sieht ein, daß seine Partei noch ganz andre „Erfolge“ bei einer zukünftigen Wahl haben wird, wenn sie das Programm der Stimmenspartei mit ausführt, als bei der Wahl am 8. Juni 1920. Darum muß das Steuer schleunigst nach der andern Seite geworfen und versucht werden, seine Partei, die sonst im bürgerlichen Meer untergeht, aufs Trockene ans Land zu bringen. Er sieht keinen Artikel also:

„Die neue Regierung muß mit einem absolut klaren Programm vor das Parlament treten. Findet sie keine feste Mehrheit, die zur Erfüllung der durch Annahme des Ultimatus übernommenen Verpflichtung notwendig ist, dann kurz entschlossen Neuwahlen zum Reichstag. In diesem Kampfe wird sich die Arbeiterklasse wieder finden und endlich die längst fällige Abrechnung halten mit allen denen, die uns in den Krieg getrieben, um einen Verständigungsfrieden betrogen und das Volk auf unabsehbare Zeit in tiefstes Unglück gestürzt haben.“

Ob Scheidemann und seine Partei mit einer solchen Wahlsparole viel Glück haben würden, ist doch sehr fraglich, da ihre Kriegspolitik noch nicht so ganz vergessen ist.

Auf einen etwas andern Ton als der Artikel Scheidemanns ist die Rede gestimmt, die der Fraktionsvorsitzende Müller am Dienstagabend vor den Funktionären seiner Partei in Berlin gehalten hat. Der Tenor dieser Rede geht darauf hinaus, möglichst jetzt keine Reichstagsneuwahlen. Herr Müller macht, um seine Partei in der Koalitionsregierung zu halten, weitgehende Konzessionen in der Frage der weiteren Erhöhung indirekter Steuern. Er führt nach dem Vorwärtsbericht ausdrücklich aus: „Auch die indirekten Steuern auf Massengüter wie Tabak, Kaffee, Tee, Alkohol, müssen erhöht werden.“ Aus parteilastischen Gründen, meint Herr Müller, darf die Ausfüllung des Reichstages nicht propagiert werden. In der Tat, mit einem Steuerprogramm, wie es Herr Müller hat, würde seine Partei bei der Wahl wohl kaum gut abschneiden.

Herr Müller ist der Meinung, daß der jetzigen Regierung, keine Verbreiterung nach rechts vorausgesetzt, eine längere Lebensdauer beschieden sein wird, er sagt, sie hat schwerste, auf Jahrzehnte wirkende Aufgaben vorzubereiten und sie müsse sie anders orfassen, als die abgegangene Regierung der „Nachminister“. Man sieht, Herr Müller nimmt an, die jetzige Regierung sei imstande, die gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu lösen, oder ihre Lösung vorzubereiten, wenn man sie jetzt nur unbehindert läßt. Er sieht die sich mehr verschärfende soziale Krise nicht, die zu einer baldigen Lösung nach der einen oder andern Richtung drängt. Er braucht sich nur die Frage vorzulegen, ob die Steuer- und Finanzfragen mit bürgerlichen Parteien und deren Vorschlägen zu erfüllen seien, um zu erkennen, daß dies nicht möglich sein wird.

Aus der Gegenüberstellung der Urteile über die politische Lage Müllers und Scheidemanns ergibt sich, daß der letztere gegen Müller noch wie ein weißblühender Pollsticker erscheint; sie zeigt aber auch den großen Gegensatz auf, der in der rechtssozialdemokratischen Partei besteht.

## Die französische Kammerdebatte.

### Briand über die Deutsche Regierung. — Neue Sanktionsdrohungen.

Der Sturm der imperialistischen Rechten der französischen Kammer ist durch das geschickte Vaxieren Briands beschworen. Die Unentwegtesten toben zwar noch und richten ihre ganze Wut gegen England, und auch Briand nimmt noch den starken Mann gegen Deutschland, der auch auf die Unterstützung des großen Zrubers verzichten kann, wenn es sein muß, aber an dem Endergebnis können diese Nachflänge nichts mehr ändern. Die Welt kann wieder einmal für einige Augenblicke erleichtert aufatmen. Und es ist heilsam genug, daß dieses Aufatmen nicht nur durch die englische Presse geht, sondern auch durch den größten Teil der französischen Presse. Selbst jene Presseorgane, die sich bisher in der imperialistischen Sache nicht genug tun konnten, beginnen ein-

zusehen, daß sie den Bogen überspannt haben und zum Rückzug blasen.

Ueber die Kammerdebatte selbst liegt folgende Meldung vor: Paris, 25. Mai. Der heutige vierte Tag der Beratung der Interpellationen über die auswärtige Politik in der Kammer begann mit einer Rede des Abg. Roblemaire, der an erster Stelle die Lage in Oberschlesien besprach. Es sei gut, wenn alle Welt wisse, daß Deutschland stets begreife, wenn man laut und vernünftig mit ihm spreche. Er sprach auch von der Politik Frankreichs in Rußland. Es kam zu einem Zweiggespräch mit dem kommunisten Marcel Cachin, dem Nobelpreisträger norw., er habe seinerzeit in Strahburg mit Tränen der Rührung erklärt, das sei der schönste Tag seines Lebens. Cachin erwiderte, nach zwei Jahren französischer Politik habe das Proletariat in Elsass-Lothringen nicht die gleiche Zuneigung für Frankreich bewahrt. Eine ganze Anzahl elsass-lothringischer Abgeordneter, darunter Wetterle, protestierte gegen diese Worte; sie sprachen zum Teil von einer bolschewistischen Propaganda, die von Deutschland bezahlet werde, so vor allen der Abg. Froy.

Briand erklärte auf eine Anfrage des Abg. Baugrau, ob er dasselbe Vertrauen zu den deutschen Ministern Rosen und Rathenau habe, wie zum Reichskanzler Dr. Brüning. Der Reichstag habe das Ministerium gebilligt und sich bereit erklärt, die Verpflichtungen Deutschlands auszuführen. Wohl gebe es gewisse Bedenken, aber es seien keine Staatsmänner und alldemokratische Industrielle an der Macht, die sich den Verpflichtungen entziehen wollten. Man habe die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen, und wenn Deutschland sich morgen seinen Verpflichtungen entziehen wolle, dann werde Frankreich das Nötige ausführen. (Beifall.) Er habe nicht das Recht, im voraus zu sagen, die deutsche Regierung sei aus Männen zusammengesetzt, die versuchen würden, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen; er habe aber auch nicht das Recht, ihre Aufgabe zu komplizieren. Man bestände sich jetzt einem Schuldner gegenüber, der erkläre, daß er die Bedingungen Frankreichs annehme.

Abg. Vacotte (äußerste Rechte) wendet sich gegen die englische Politik, was eine scharfe Rüge des Kammerpräsidenten hervorruft.

Im weiteren Verlauf der Debatte ergreift Briand nochmals das Wort, um die Frage zu beantworten, was geschehen würde, wenn Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfüllte; man frage, ob eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates nötig sei, bevor man die Sanktionen ausführe. Wenn es sich um eine Verletzung handle, von der in der Erklärung von London nicht die Rede sei, dann ja; denn das sei eine Notwendigkeit des Vertrages. Aber wenn es sich um Tatsachen handle, die in der Erklärung verzeichnet seien, hinsichtlich deren Deutschland Beweise der Nichterfüllung zeige, dann müsse Frankreich wie die andern Alliierten diese Verletzung feststellen, und dann bestünde für jeden von ihnen das Recht, zur Ausföhrung der Sanktionen zu schreiten. Wenn die deutsche Verletzung an der Erklärung von London festgemacht sei, dann würde die französische Regierung an die englische und die belgische telegraphieren, ihren Willen zum Handeln auszusprechen und sie ersuchen, das Gleiche zu tun. Durch dies Telegramm würden die Verbündeten in den Stand gesetzt, mit Frankreich zu handeln. (Zuruf rechts: Und wenn sie nicht marschieren?) Ich will nicht einmal annehmen, daß auch ein einziger von ihnen sich der vorgesehenen Sanktion entziehen wird. Wenn wir gestern infolge einer Verletzung Deutschlands eine Sanktion ins Auge faßen mußten und die Städte Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf besetzten, haben die englische und die belgische Regierung sofort den Befehl erteilt, daß ihre Truppen sich den französischen anschließen. Er habe nicht das Recht, daran zu zweifeln, daß es morgen ebenso sein werde. (Beifall.) Dann könne Frankreich aus eigenen Mitteln handeln, also allein vorgehen, ohne dadurch gegen seine Verbündeten zu handeln.

### Beginnende Demobilisierung in Frankreich.

Paris, 25. Mai. (T. U.) Auf Grund des Berichts des Oberkommandierenden der Rheinarmee über die Zahl der notwendigen Truppen hat die französische Regierung beschlossen, sofort alle verheirateten Soldaten und alle Stützen der Familien der Jahresklasse 1919 zu entlassen. Der Kriegsminister hat sofort die diesbezüglichen Befehle erteilt.

### Deutschland beim Wiederaufbau Frankreichs.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. A.) Der Pariser Korrespondent der Vossischen Zeitung meldet seinem Blatte: „Briand empfing gestern vormittag eine Abordnung von Vertretern des verwüsteten Gebietes, die ihm Vorschläge für die Wiederaufbau des Wiederaufbaues unterbreiteten. Die Delegation war geführt von dem sozialistischen Abgeordneten Basin, der als Anhänger der Mitwirkung Deutschlands am Wiederaufbau bekannt ist. Dem Intransigent zufolge denkt Monsieur daran, Deutschland mit dem gesamten Wiederaufbau im Ancretal zwischen Avesnes und Amiens zu betrauen. Da hier erwarteten deutschen Sachverständigen sollen eingeladen werden, die in Frage kommenden Gebiete zu besichtigen.“

Ob nun endlich die Sache aus dem Studium der Erwägungen und Projekte in das des Handelns kommt?

### Die Durchführung der Ausfuhrabgabe.

Erleichterungen in England. Haag, 26. Mai. (T. U.) Nach Mitteilungen der englischen Chemikalien- und Farbstoffhändler ist eine Regelung über die Erhebung der 20prozentigen Ausfuhrabgabe zwischen der englischen und französischen Regierung getroffen worden. Anfang Juni wird die deutsche Regierung diese Abgabe organisieren und ins Werk setzen. Für Güter, die direkt nach England gehen, wird eine 10prozentige Abgabe von dem Importeur an die britische Zollbehörde gezahlt werden, der Rest von dem deutschen Exporteur. Die Uebergangsbestimmungen ordnen an, daß die 20prozentige Abgabe nur für solche Güter in Frage kommt, welche nach Mitternacht des 12. zum 13. Mai in ihren englischen Entladungshäfen ankamen.

### Die Monilhauer Bahn bleibt bei Belgien.

Berlin, 26. Mai. (T. U.) Der Präsident des Völkervertrates in Paris hat dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation eine Note in Sachen der deutsch-belgischen Grenzkommission überreicht. Es handelt sich um die Antwort auf eine Reihe deutscher Noten betr. des Kreises Monilhau. In der Note des Völkervertrates wird auf die deutschen Ausführungen nicht eingegangen und auch der Vorschlag eines Schiedsgerichtes nicht in Erwägung gezogen.

### Keine erhöhten Eisenbahnlarke im besetzten Gebiet.

Koblenz, 26. Mai. (T. U.) Dem neuen Eisenbahntarif, der am 1. Juni im Reich in Kraft treten soll, hat die Interalliierte Rheinlandkommission nicht zugestimmt. Infolgedessen behalten innerhalb des besetzten Gebietes die alten Preise ihre Gültigkeit. Bei Reisen aus besetztem Gebiet ins unbesetzte kommen jedoch die neuen Preise zur Anwendung.

### Fortsetzung der Völkervertratskommission.

Hamburg, 23. Mai. (T. U.) Nach einem beim Oberkommissar eingegangenen Telegramm des Völkervertrates ist die Tagung des Völkervertrates auf den 17. Juni festgesetzt worden.

### Ausdehnung der Wehrpflicht in Belgien.

Paris, 21. Mai. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat der Ministerpräsident einen Gesetzentwurf über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Belgien angenommen. Dieser Gesetzentwurf, der heute die Unterschrift des Königs erhalten soll, wird sofort der Kammer vorgelegt werden. Er sieht eine Dienstzeit von insgesamt 25 Jahren vor, davon 10 Jahre in der aktiven Armee

und Reserve und 15 Jahre in der Territorialarmee. Die bisherigen Privilegien werden abgeschafft. Auch die Wehrpflichtigen werden in Zukunft zum Militärdienst herangezogen werden.

## Zur Lage in Oberschlesien.

### Die Bedrohung der Oberschlesischen Großstädte.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. A.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Breslau: Die Gefahr ist sehr groß, daß auch die großen Städte im ober-schlesischen Industriegebiet in polnische Hände fallen. Das Gerücht, daß Kattowitz bereits übergeben sei, bestätigt sich vorläufig nicht. Die Franzosen haben jedoch im Kreise Kattowitz ihre Außenpostierungen zurückgezogen und nach der Stadt konzentriert. Myslowitz wurde von den Franzosen geräumt und von den Insurgenten besetzt. Bei den zahlreichen Einzelgefechten befindet sich jetzt auch der deutsche Soldat stets in der Abwehr schwerer polnischer Angriffe. Bei Kattowitz schossen die Polen 30 Minen und machten einen vergeblichen Angriff. Eine polnische Abteilung griff die Stellung des Selbstschutzes bei Neudorf an, wurde aber zurückgeschlagen.

Berlin, 25. Mai. Nach Meldungen, die heute vormittag an hiesigen amtlichen Stellen vorlagen, bestätigt sich die Räumung Landsbergs. Die Wünderungen durch die Polen sind dort überaus groß. Die Stimmung unter der deutschen Bevölkerung ist verzweifelt. Eine große Anzahl Oberschlesier ist vertrieben und sämtliches Vieh von den Polen weggetrieben worden. Bei dem zurückgeschlagenen Angriff auf Großstein mußten die Polen einen Panzerzug zurücklassen, der den Deutschen in die Hände fiel. Neue polnische Angriffe werden bei Leschnitz gemeldet. Der Ort ist gestern mehrfach von polnischer Artillerie beschossen worden.

Breslau, 26. Mai. (T. U.) Wie die schlesische Zeitung berichtet, verläuft die Linie, die vom deutschen ober-schlesischen Selbstschutz gehalten wird, von Sophienberg westlich von Landsberg über Busow, Alt-Rosenberg nach Medow.

### Die englischen Truppenverföhrungen.

Berlin, 25. Mai. Wie die Dena von zuständiger Stelle erfährt, werden die vier für Oberschlesien bestimmten englischen Bataillone am 27. Mai aus Mainz nach Oberschlesien abgehen. Der Transport wird bis zum 1. Juni dauern, und zwar werden täglich zwei Transportzüge abgehen. Die englischen Truppen werden zunächst nach Oppeln dirigiert werden, wo bereits Quartiere für sie hergerichtet sind. Ueber ihre Verteilung auf das Abwehrungsgebiet ist an den hiesigen Stellen noch nichts bekannt, doch hofft man, daß namentlich die Städte des Industriebezirks mit größeren englischen Truppenkontingenten besetzt werden.

### Einschreiten gegen die Freikorps.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. A.) Der Vorwärts berichtet aus Breslau: An der Grenze des Abwehrungsgebietes sind gestern und vorgestern neun hundertschüssige Schuttpolizei zur Verstärkung eingetroffen. Die Mannschaften kamen meistens aus Nordwestdeutschland und werden durch die Stimmung der Bevölkerung des Grenzgebietes wenig beeinträchtigt. Gegen die Uebergriffe des Freikorps Oberland in Neisse ist eingeschritten worden.

Breslau, 25. Mai. Nach dem Eintreffen der neun hundertschüssigen Schuttpolizei an der ober-schlesischen Grenze ist ein Uebertritt von Freiwilligen über die Grenze nicht mehr möglich. Gegen eine Werbestelle des Freikorps Oberland ist eingeschritten worden. Die Angehörigen des hannoverschen Korps Oberland haben beschlossen, nach Bayern zurückzukehren.

### Deutschland liefert Lebensmittel.

London, 25. Mai. (T. U.) Reuter vernimmt, daß die deutsche Regierung die Abwendung von Lebensmitteln nach Oberschlesien wieder ausgenommen hat. Durch die Verhinderung der Wasserzufuhr nach Kattowitz durch die Australischen haben Frauen und Kinder dort schwer zu leiden. Die italienische Regierung hat ihre Genugtuung über die Entsendung britischer Truppen nach Oberschlesien ausgesprochen.

London, 25. Mai. Die Tatsache, daß Deutschland die Wünsche der britischen Regierung über die notwendigen Schritte in der ober-schlesischen Frage so prompt erfüllt hat, hat in hiesigen Regierungskreisen einen sehr guten Eindruck gemacht, besonders das deutsche Nachgeben bezüglich der Lieferung von Lebensmitteln nach Oberschlesien habe angenehm berührt. Daily Chronicle betont heute, daß für Lieferung von Lebensmitteln durchaus keine Verpflichtung seitens der deutschen Regierung vorlag, und daß Lord B'Hermon nur aus Gründen der Humanität darum gebittet hat. Deutschland sendet, wie das Blatt betont, sowohl Geld wie auch Lebensmittel, allerdings unter der Voraussetzung, daß dies wirklich bedürftigen Personen zugute kommen und nicht den Händlern in die Hände fallen würde. Es soll dem britischen Geschäftler sogar gelungen sein, die deutsche Regierung zu überreden, die Lebensmittel sofort abzugeben, ohne erst auf das Eintreffen von Garantien zu warten.

### Wachsende Arbeitslosigkeit.

Berlin, 25. Mai. (T. U.) Die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien ist im Zunehmen begriffen. Die Produktion betrug meistens nur 50 Prozent. Voraussichtlich wird in dieser Woche die Arbeitslosigkeit durch Ruhen der Hüttenbetriebe noch weiter gesteigert werden. Es fehlt an Rohmaterialien. Auch von den Bergwerken werden verschiedene innerhalb zweier Wochen zum Erliegen kommen, da kein Platz vorhanden ist, die geförderte Kohle unterzubringen. Mit dem Wachstum der Arbeitslosigkeit wächst auch die Beunruhigung und Radikalisierung der Arbeiterschaft, die in der nächsten Zeit noch weiter um sich greifen wird.

### Die Kohlennot.

Berlin, 25. Mai. (W. L. B.) Durch den Ausfall der ober-schlesischen Kohle hat sich die gegenwärtig für die Lieferung an die Entente und zum Verbrauch für die deutsche Volkswirtschaft zur Verfügung stehende Kohlenmenge im Vergleich zu der Menge des Monats März um etwa 25 Prozent verringert. Sollte sich diese Einbuße von einem Viertel des gesamten deutschen Kohlenquantums auch nur auf kürzere Zeit ausdehnen, so würde das unbedingt zur schwersten Katastrophe unseres Wirtschaftslebens führen.

### Ausdehnung des Streiks im Waldenburger Revier.

Breslau, 26. Mai. Der Streik im Waldenburger Revier hat sich auf die Neuroder Gruben ausgedehnt. Die Vertreter der Behörden haben bisher vergeblich versucht, zwischen den Bergleuten und den Arbeitgebern zu vermitteln. Breslau hat infolge des Streiks eine Verschärfung der Gasperre und eine frühere Schließung der Lokale, Theater und Kinos sowie eine vermehrte Zuteilung von elektrischem Strom an gewerbliche Unternehmungen angeordnet.

### Ein Kompromißvorschlag für die Gebietsaufteilung.

Paris, 25. Mai. (D. U.) General Le Rond hat dem Obersten Rat mitgeteilt, daß von der interalliierten Kommission gegenwärtig ein neuer Vorschlag in Ausarbeitung begriffen sei, der eine Kompromißlösung durch Zueinanderarbeiten der bisher vorgebrachten drei Vorschläge anstrebe.



## Der Völkerverbund gibt ein Lebenszeichen.

London, 25. Mai. Der Völkerverbund des Internationalen Schiedsgerichts in London hat eine Entschließung angenommen, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, die britische Regierung werde nicht zulassen, daß Deutschland aus irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen der Ergebnisse der großen Mehrheit beraubt werde, die sich bei der Volksabstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ergeben habe, da die Abtretung von Gebietsstücken, die seit Jahrhunderten deutsch gewesen seien, an Polen infolge einzelner Mehrheiten in gewissen Gemeinden vorerbet und voller Gefahren für die zukünftige Wohlfahrt Europas sein würde. Der Ausschuss erklärt, die Zeit sei gekommen, wo alle aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Fragen dem Völkerverbund überwiesen werden müßten.

## Polen soll für die Schäden verantwortlich gemacht werden.

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird aus London gemeldet: Wie englische Korrespondenten im Außenministerium erfahren, wird Lloyd George auf der kommenden Konferenz der Alliierten beantragen, daß man Polen eine Warnung übermitteln soll, worin die polnische Regierung für alle Schäden verantwortlich gemacht wird, die die Russen in Oberschlesien angerichtet haben. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß Korsantys sich von Anfang an auf amtliche Aufträge der polnischen Regierung berufen habe und auch deren Befehle ausführte. Sollte Korsantys seine Drohungen ausführen und Bergwerke oder Eisenbahnen in Oberschlesien zerstören, so müsse die polnische Regierung die Schäden vergüten.

## Die Unterdrückung des Freikorpsunwesens.

Der Reichsregierung ist ein Protest des Nationalverbandes deutscher Offiziere, des Verbandes nationalgesinnter Soldaten und des Deutschen Offizierbundes zugegangen; die Herren „nationalen Militärs“ sind empört, daß die Regierung in ihrer Antwortnote an die Interalliierte Militärkommission von „Freikorpsunwesen“ gesprochen hat. Sie berufen sich auf die „großen Verdienste“ der Freikorps in der ersten Zeit der Republik um die Regierungen Ebert-Scheidemann und Scheidemann-Erzberger. Diese Verdienste sind bekannt. Sie werden gekennzeichnet durch die Ermordungen Liebknechts, Rosa Luxemburgs und vieler anderer Revolutionäre durch Leute wie Kessel, Marloh, Vogel, Aufsch usw. Daß die Freikorps von heute denselben Geist haben, zeigen die Meldungen aus Keilse, wo ihre tüchtigen Mitglieder Arbeiterführer mit Erschießern bedrohten. Daß das ganz im Sinne der obengenannten Verbände geschah, glauben wir.

Die Reichsregierung muß schon um der außenpolitischen Lage willen diesem Unwesen steuern. Die Freikorpsführer und Werber nämlich preisen auf die Befehle, die ihnen das Handwerk legen sollen. In Berlin hat ein „Kommandeur“ Bentischer gemüßwillig einen „Befehl“ erlassen, der da lautet:

Hiermit mobilisiere ich die Apoabteilung Bentischer und befehle, daß sich jeder Mobilisierte bei der Geschäftsstelle, Schellingstraße 1, meldet.

Die mobilisierten Truppen sind der disziplinarischen Bestimmung der Abteilung unterworfen.

Unter Vorbehalt weiterer Bestimmungen befehle ich, im Fall der Meuterei, Desertion, hartnäckigen Ungehorsams oder Fehlgelicht in der Front hat der Führer von seiner Waffe rücksichtslos Gebrauch zu machen.

Schellingstraße 1, wo sich die „Geschäftsstelle“ der Apoabteilung Bentischer befindet, war das Bureau des berüchtigten Hauptmann Babst, des Chefs des nicht minder berüchtigten Hauptmanns v. Kessel. Dort wurde der Kampfbüchse, darbereitet. Die Apoabteilung ist natürlich nur Aushängeschild. In Wirklichkeit handelt es sich um verbotene Freikorpswerbung.

Dieser Bentischer ist nun auf Veranlassung der Reichsregierung verhaftet worden. Das ist einer der Werber?

Der deutsche Eisenbahnerverband veröffentlicht einen Aufruf an die Eisenbahner, die Bahnen zu überwachern, um den Transport von Freikorps zu verhindern.

## Wie steht's mit der Entwaffnung der Bourgeoisie?

### Ungeblühte „Majordomien“ in Baden.

Nach dem Karlsruher Volksfreund ist man im badischen Hinterlande einer offenbar weitverzweigten reaktionären Organisation auf die Spur gekommen, bei der namentlich Gutsbesitzer, Beamte und ehemalige Offiziere eine Rolle spielen. Auf der Station Döberzern ergaben als „Majors“ beflagelte Sendungen den Verdacht der Eisenbahner. Es stellte sich heraus, daß diese Frachten aus beträchtlichen Mengen Gewehren und Munition bestanden und unter anderem an die Gutsbesitzer und Pächter Gültlich, Rudolf, Wittmer auf Döberzern, Marienhöhe und Seligenhof gehen sollten. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte einen Teil der abgegangenen Sendungen und leitete eine Untersuchung ein. Die Fäden der reaktionären Bewegung, deren Leiter der Hauptmann der Reserve Damm in Heidelberg sein soll, laufen bis nach Witttemberg hinüber.

Daß Herr Damm verhaftet worden sei, hat man bisher nicht gehört!

## Kochverrat der Sinnes-Korrespondenz.

Es ist der Öffentlichkeit noch immer nicht recht klar geworden, wem ungeheure Gefahr in der Tatsache besteht, daß wichtige Nachrichtenkonzerne wie die Telegraphen-Union und der alte Dammert-Verlag sich in den Händen der Geliebten des Herrn Sinnes befinden. Immer wieder hat vor allem die Provinzpresse den Versicherungen der Redaktion der Telegraphen-Union Glauben geschenkt, daß sie einen völlig objektiven Dienst zu liefern beabsichtigt. Es ist gut, daß sich so schnell ein einwandfreies Beispiel bietet, das durch keinerlei Zeugnissen mehr widerlegt werden kann. Der Deutsche Schnelldienst für Politik und Wirtschaft ist ein unselbständiger Ableger der Telegraphen-Union und wird gleichzeitig mit dem Nachrichtenmaterial der T. U. versandt und auch im Betriebe der T. U. hergestellt. Er ist also ein Sinnes-Organ wie die T. U. selber. Dieser politische Schnelldienst (in seiner journalistischen Abfärbung: D. S. D.) brachte am 13. Mai eine angeblich von bestunterrichteter Seite aus München stammende Notiz, in der er mit wütendem Wortschwall gegen die Annahme des Ultimatums Sturm lief. Darin hieß es: Bayern steht vor Entschlüssen von entscheidender Bedeutung. Die Wahrscheinlichkeit seines Ausscheidens aus dem Reichsverband ist in unmittelbarer Nähe gerückt.“ und weiter: „Die große Masse der bayerischen Bevölkerung sagt sich, daß das Reich, dem sich Bayern unter Verzicht auf einen namhaften Teil seiner Hoheitsrechte seinerzeit angeschlossen hatte, heute nicht mehr existiert.“ Die Korrespondenz fährt dann weiter fort, von einer Entwaffnung der bayerischen Ortschaften könne nun und nimmer die Rede sein, wenn man in Berlin unerschütterliche Verpflichtungen annehme, so möge man sie dort ausführen, wohin der Arm der Reichsregierung reiche, „nach Bayern reicht dieser Arm nicht!“ Zum Schluß versucht die Notiz noch die

Arbeiterkchaft zu provozieren und erklärt: „Kommt es jetzt zum Bruch, so rechnet man in München mit der Erklärung des Generalkommandos seitens des revolutionär gesinnten Teiles der Arbeiterkchaft. Die Landwirte werden diesen Schritt mit der Sperre der Lebensmittelzufuhr beantworten und zwar im Einvernehmen mit den Einwohnern. Die entsprechenden Vorbereitungen sind getroffen.“ Diese Art der tendenziösen Berichterstattung durch angeblich neutrale Nachrichtenbureaus war denn doch selbst den bürgerlichen Blättern zuviel. Man forderte von der Regierung sofort Erklärungen, welche tatsächlicher Inhalt hinter diesen tendenziösen Nachrichten der Sinnes-Korrespondenz stehe, und siehe da, die Reichsregierung ließ erklären, daß es sich um eine leichtfertige Stimmungsmache handle, die aus Verbrecherische Kreise, daß die Nachricht in allen Teilen falsch sei. Unter allgemeiner Zustimmung gab der Chefredakteur einer großen demokratischen Tageszeitung seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß es ein unerhörtes Skandalosum darstelle, daß angeblich neutrale Nachrichtenbureaus, deren finanzielle Abhängigkeit zwar in Berlin, aber nicht in der Korrespondenz genügend bekannt sei, er verurteilen, unter dem Deckmantel der Neutralität derartige Nachrichten in die Presse zu schmuggeln. Aber bei dieser platonischen Enttarnung dürfte es sein Bewenden haben.

## Ein Sinnes-Schwindel.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Organ des Herrn Sinnes, bringt eine Selbstdarstellung, die offenbar frei erfunden ist, aus Frankfurt am Main. Danach sollen eine Anzahl französischer Arbeiterführer sich zur Zeit im neuen bayerischen Gebiet aufhalten und die deutschen Arbeiterführer zu überzeugen versuchen, daß das Vorgehen Frankreichs zu Recht erfolge. Gleichzeitig versuchten sie, die deutschen Arbeiter gegen das deutsche Großkapital aufzuheizen.

Der Schwindel ist zu plump, weiß man wohl, daß die französischen Arbeiterführer in entschiedener Opposition zu der Politik der Besetzungen stehen.

## Der Ministerkühhandel in Preußen.

Die Umbildung der Preussischen Regierung, die Herr Stegerwald gleich nach Pfingsten vornehmen wollte, scheint unter der Hitze zu leiden und sich daher etwas länglich auszudehnen. Wenn es nach dem vereidigten politischen Wetterpropheten der Sozialdemokratischen Partei, Herrn Seifmann, gegangen wäre, so wäre einen Tag nach dem Neulintritt der Sozialdemokraten in die Reichsregierung auch die Umbildung der Preussischen Regierung erfolgt. Herr Seifmann hat aber wie üblich den Mund zu voll genommen und bisher sind die Aussichten für die Umbildung der Preussischen Regierung noch sehr gering. Der Herr Ministerpräsident Stegerwald gebt vor dem 30. Mai, vor dem Zulammentritt der Fraktionen des Landtages, überhaupt nichts zu unternehmen. Aber auch dann wird er Ministerpräsident bleiben und beibehalten sich zur Überlieferung zweier Ministerien an die Sozialdemokraten verheben. Der stolze Traum also, daß Herr Braun wieder Ministerpräsident und Herr Severing Innenminister werden würde, ist an der Maiensonne sehr schnell zerfallen. Es ist sogar fraglich geworden, ob Herr Severing überhaupt Innenminister werden kann, da man für Herrn Dominicus sein Ministerium findet. Das Finanzministerium hat er abgelehnt, weil er davon nichts versteht, womit keineswegs gesagt ist, daß er vom Innenministerium etwas versteht. Das Kultusministerium, das man ihm angeboten hat, scheint ihm nicht sehr sympatisch zu sein, weil er vor kurzer Zeit die Berliner juristische Fakultät ihm ein Ordinariat an der Berliner Universität verweigert hat. Das Ministerium für Volkswohlfahrt aber möchte Herr Stegerwald gern selbst behalten. Also Herrn Severings Aussichten sind nicht gut, aber die des Herrn Braun sind noch schlechter. Das Zentrum denkt gar nicht daran, ihm den Vorkurs des Landwirtschaftsministeriums zu überlassen. Herrn Schorlemer-Webers Einfluß ist im Zentrum noch immer groß genug, um die Braunsche Kandidatur zu vereiteln. Also sucht man für ihn ein anderes Ministerium. — Das alles sind erst die Vorspiele, die nur dunkel ahnen lassen, wem's liebliche Manöver wir wieder erleben werden, wenn erst die Fraktionen beisammen sind und der Kuhhandel ernsthaft beginnt.

## Hochverratsprozeß gegen Brandler.

Wie Berliner Blätter berichten, beginnt am 6. Juni vor dem Sondergericht beim Landgericht I der Prozeß gegen den Vorsitzenden der Zentrale der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands, Heinrich Brandler, der am 20. April in Berlin verhaftet worden ist. Die Anklage legt Brandler zur Last, gegen die §§ 81, 82, 110, 130 und 73 des Strafgesetzbuchs verstoßen zu haben, und zwar soll er im März 1921 durch ein und dieselbe Handlung es unternommen haben, die Verfassung des Deutschen Reichs gewaltsam zu ändern, durch Verbreitung von Schriften zum Ungehorsam gegen Gesetze und rechtsgültige Verordnungen aufzufordern und in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich aufgereizt zu haben.

## Der Streik der englischen Bergarbeiter.

### Einladung zu neuen Verhandlungen.

London, 25. Mai. Im Unterhause erklärte Chamberlain, die Regierung habe beschlossen, die Grubenbesitzer und die Bergleute auf Freitag zu einer Besprechung zusammenzubringen.

### Streikbruch in einigen Bezirken?

London, 25. Mai. (Reuter.) 700 Arbeiter eines Bergwerks in Sarophius haben die Arbeiter wieder aufgenommen, und zwar zu den alten Löhnen. Man erwartet, daß die Bergarbeiter von Wilschall das gleiche tun werden.

## Die Volksabstimmung in Oesterreich.

Wie die Wiener Vol. Korz. erfährt, hat Bundeskanzler Dr. Mayr an den Landespräsidenten von Salzburg ein Telegramm gerichtet, in dem er ausführlich, im Hinblick auf die allgemeine politische Lage ersucht, die von den politischen Parteien feilschichtige Volksbefragung hinauszuschieben, wenn dies aber nicht mehr möglich sei, ihr den Charakter einer rein privaten Veranstaltung zu geben und insbesondere deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß die Regierung ihr vollkommen fernstehe. Unter Hinweis auf die Bundesverfassung wären die Behörden und Beamten anzuweisen, einer derartigen Privatveranstaltung jede Unterstützung zu verweigern.

Im sterblichen Landtag machten Christlich-Soziale, Sozialdemokraten und Bauernbündler im Hinblick auf die Vorstellungen des Bundeskanzlers den Vorschlag, die Abstimmung statt wie es die Großdeutschen beantragten, am 13. Juli erst am 30. Oktober durchzuführen, wenn bis dahin die Entente Oesterreich nicht ent-

sprechende Hilfe gewährt haben sollte. Da keine Einigung erzielt werden konnte, beschloßen die Parteien, die entscheidende Sitzung auf den 31. Mai zu verlegen, um für weitere Beratungen Zeit zu gewinnen. Die Galerie begleitete die Verkündung des Beschlusses mit stürmischen Protestkundgebungen. Auch vor dem Landtagsgebäude kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Steiermark stimmt am 3. Juli ab.

Wie die Dena meldet, beschloß die steirische Landesregierung unter dem Einbruch einer machtvollen Kundgebung, die in Graz zugunsten der Anstufungsabstimmung stattfand, die Abstimmung auf den 3. Juli festzusetzen.

## Vor einem neuen Balkankrieg?

Bandenkämpfe in Mazedonien. — Einmarschdrohungen Serbiens.

Wien, 24. Mai. (D.M.) Wie in gut informierten diplomatischen Kreisen verlautet, ist der Ausbruch einer schweren politischen Krise auf dem Balkan zu befürchten. Die bulgarische Regierung hat in den letzten Tagen an die Großmächte eine Note gerichtet, in welcher sie dringend um die Entsendung einer Reformkommission nach Mazedonien bittet, um einerseits festzustellen, daß die bulgarische Regierung unzulässig an dem Wieder-aufleben der Bandenkämpfe sei, aber auch um die Rückkehr der bulgarischen Emigranten nach Mazedonien zu ermöglichen. Die bulgarische Regierung weist darauf hin, daß sie absolut friedlich gesinnt sei, aber nicht die Macht besitze, die 300 000 mazedonischen Flüchtlinge in Bulgarien von Einfällen in dieses Land abzuhalten. In Sofia hat man sich zu diesem Schritt wegen der überaus drohenden Haltung, die Serbien gegen Bulgarien einnimmt, entschlossen. Die öffentliche Meinung in Belgrad fordert energisch, daß nun auch gegen Bulgarien Sanktionen wegen Nichterhaltung des Friedensvertrages angewendet werden und verlangt die Besetzung von Sofia und des Strumitsa-Tales, wenn die bulgarische Regierung nicht sofort den Einfall der bulgarisch-mazedonischen Banden in dieses Land ein Ende macht. Die Lage auf dem Balkan wird noch weiter dadurch verschärft, daß die griechische Regierung eine scharfe Note nach Sofia gerichtet hat, worin sie Bulgarien beschuldigt, die griechischen Truppen in Thrakien aufzuwiegen und zur Desertion zu veranlassen.

Es erweist sich wieder, daß die kapitalistisch-imperialistischen Sieger des Weltkrieges völlig unfähig und ohnmächtig sind, die schwereren nationalen und machtpolitischen Probleme, die schon vor dem Kriege bestanden hatten und die der Krieg nur noch verschärft hat, zu lösen. Sie haben nur unzählige neue Brandherde entzündet, ohne auch nur einen der Brandherde, die vor dem Kriege das labile Gleichgewicht der Kräfteverhältnisse immer wieder störten, zu löschen. Einer der hartnäckigsten war der Brandherd auf dem Balkan, der seit Jahrzehnten den Anlaß zu ununterbrochenen Kriegen und Konflikten gab. Durch den Sieg der Entente schienen die Machtverhältnisse dort unten stabilisiert zu sein. Aber es zeigte sich wieder, daß das Schwert nur den Knoten zerhacken, nicht lösen konnte; der Hexenkessel brodelte wieder und über kurz oder lang werden wir vielleicht das altbekannte Schauspiel eines fröhlich-fröhlichen Balkankrieges wieder erleben.

## Abreise der russischen Handelsmission aus Italien?

Rom, 24. Mai. (Stefani.) Dem Vernehmen der Blätter zufolge hat die russische Handelsmission von der Konsula ihre Abreise gefordert, um nach Rußland zurückzukehren. Sie erklärt, daß ihr die gebotenen Garantien für die Erfüllung ihrer Aufgabe nicht ausreichend erschienen.

## Die Unruhen in Ägypten.

Alexandria, 24. Mai. Der Postjet und den ägyptischen Truppen gelang es, die Unruhen zu unterdrücken. Gestern morgen brachen zahlreiche Feuerbrände in der Stadt aus, die jedoch bis mittag gelöscht oder eingedämmt werden konnten. Die Schlichter aus einigen Häusern dauern noch an. Der Truppenbefehlshaber gab bekannt, daß Häuser, aus denen geschossen wurde, mit Maschinengewehrfire belegt werden würden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. — Nach einer Depesche aus Kairo werden die Opfer in den Spitälern von Alexandria mit 23 Toten und 130 Bewundeten angegeben.

Ämlich wird bekanntgegeben, daß bis jetzt 56 Personen getötet und 200 verwundet worden sind. In der Mittwochnacht wurden nur noch vereinzelte Schüsse in den Straßen abgegeben. — Aus Kairo berichtet Reuter, daß die Telefonleitungen zwischen Kairo und Alexandria zerschnitten sind. In Kairo herrscht eine außerordentlich erregte Stimmung. Die Läden blieben heute zum größten Teil geschlossen. Die Militärpolizei entfaltet eine intensive Patrouillentätigkeit.

## Ein gubverzinster Freundschaftsdienst.

Paris, 24. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Newyork haben die Finanzdelegierten der französischen Regierung mit einem amerikanischen Bankensyndikat einen Vertrag über eine Anleihe von 100 Millionen Dollar für die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen. Die Anleihe wird zum Kurs von 95 Prozent aufgelegt und bringt 7½ Prozent Zinsen.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Persien befreit sich vom englischen Einfluß.

Der Times-Korrespondent in Teheran berichtet, daß die persische Regierung die einer englischen Verkehrsengesellschaft eingeräumten Konzessionen als ungültig erklärt hat. Diese Annulierung ist nach Ansicht des Blattes eine direkte Herausforderung der britischen Handelsinteressen in Persien, die nicht geduldet werden dürfte.

### Ausschreitungen irischer Soldaten.

Wie aus London gemeldet wird, kam es am Sonntag zu Ausschreitungen von Soldaten zweier irischer Regimenter. Etwa 200 Mann belehnten ein Dorf bei dem Truppenübungsplatz Burfleet in Essex, drangen in ein Hotel ein und belehnten verschiedene Häuser, in denen sie die Möbel beschädigten. 500 bewaffnete Soldaten trafen später ein, umzingelten die Meuterei und brachten einen Teil nach dem Lager zurück. Autos brachten später Verstärkungen. Am Abend war die Ruhe wieder hergestellt.

Tod des Schweizerischen Nationalrats-Präsidenten. Nach der Schweizerischen Agentur ist der Führer des rechten Flügels der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Gustav Müller, gewesener Staatspräsident von Bern und Vizepräsident des Nationalrats, an den Folgen eines Sturzes gestorben.

Frankreichs Beziehungen zum Vatikan. In der Sitzung des französischen Ministerrates am Dienstag ist der Senator Jonaert offiziell zum außerordentlichen Botschafter Frankreichs beim Vatikan ernannt worden.

Politischer Streit in Indien. Wie Dapas aus Kalkutta meldet, haben ungefähr 5000 Arbeiter der Teerplantagen von Assam die Arbeit verlassen, um nach Mittelindien zurückzugehen. Es handelt sich um einen politischen Streit. Die Arbeiter sollen von Agitatoren aufgereizt sein.

Technische Nothilfe aus Oesterreich. Wie die Blätter melden, hat sich in Wien ein Komitee zur Errichtung einer Technischen Nothilfe in Oesterreich nach deutschem Muster gebildet. Die Technische Nothilfe soll vollkommen unpolitisch sein, sich auf lebenswichtige Betriebe beschränken und das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter in keiner Weise berühren.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



**Sie sparen viel Geld**  
wenn Sie Ihre Einkäufe im  
**Textil-Haus Leipzig-Kleinzschocher**  
Giesserstrasse 67 — Telefon 40043  
machen. Sie finden grosse Auswahl und staunen über unsere  
billigen Preise in: **Herren- und Damenstoffen :: Fertigen Kleidern, Blusen und  
Röcken :: Herren- und Damenwäsche und Bettwäsche.**

**U.T.**  
Hainstraße 19

Heute letzter Tag!  
**„Das Brandmal der Vergangenheit!“**  
Sittenbild in 6 Akten mit  
**Bruno Kastner.**

**„Eva, die Sünde!“**  
Wiener Kunst- u.  
Sitten-Film  
in 4 Akten.

Ab morgen! Der Monumental-Sitten-Groß-Film  
**Entgleist**  
oder  
**„Die nicht arbeiten wollen!“**  
6 Nach dem bekannten Sitten-Roman von Hans Hyan. 6  
gewaltige Akte aus der Großstadt

**Sichtspiele Alberthalle**  
Kryhall-Palast

**Sonder-Sportwoche**  
vom 27. Mai bis 2. Juni.

**Das Tagesgespräch von Leipzig**  
bildet der grandiose Natur- und Sport-Sensationsfilm

**Das Wunder des Schneeschuhes**  
5 Akte. 5 Akte.

**Schlaglichter aus den deutschen Pressestimmen.**

**B. J. am Mittag:** Vier Akte lang sieht man nur Dinge, die noch niemals photographiert oder gefilmt wurden und die nicht hundert Menschen aus eigener Anschauung kennen. Der Wintersturm über den Schnee-Rieseln bricht los, chaotisch wie ein Eisgang legt sich die dicke Wolkendecke tief da unter den Menschen in Gana, während sie oben den klaren Sonnenhimmel photographieren. Das nie gesehene Weltbild der Eishöhen, polartisch wie eine erkaltete Mondlandschaft, ist erdrückend. Die Menschen aber da oben leben in einem fremdartig geistigen Seelenzustand: Im Schneeräusch. Es sind 5 Akte einer himmlischen, landschaftlichen und menschlichen Schönheit, wie man sie noch nie gesehen hat. Es sind 5 Akte von hinreißender Dramatik des Wagnisses. Es sind 5 unvergessliche allzu kurze Akte.

**Neue Badische Landeszeitung:** Ueberall, wo der Film gezeigt wurde, hatte er einen beispiellosen Erfolg und hinterließ bei keiner Interessenten-Vorführung in Berlin einen derartigen einschlagenden Eindruck, daß einer der größten amerikanischen Filmkonzerne sich sofort den Weltmonopolvertrieb erworben hat.

**Dresdner Anzeiger:** Um so größerer Aufsehen muß heute das Filmwerk „Wunder des Schneeschuhes“ erregen, das den Unbeteiligten einen Einblick in die Abgeschiedenheit der winterlichen Hochalpenwelt und gleichzeitig in die kaumwunderbare Entwicklung der alpinen Sittlichkeit vermittelt. Hier stehen keine Filmrollen und Hilfsrollen, keine Regiekünste und Schauertricks am Schirm vorüber. Dafür liegt jedoch über diesen Wanderbildern die ganze sonnige Herrlichkeit und Majestät der Alpenwelt und gleichzeitig eine Beherdigung des Skilaufs, wie sie bisher wohl selbst von den Kennern noch nicht geahnt wurde.

**Dresdner Nachrichten:** Welch ungeahnte Fülle von Wundern erschließen doch die so unscheinbaren Bretter: Wunder der Technik, der Körperkraft, der Ausdauer, des Mut und was dem Laien vielleicht am sinnfälligsten erscheinen mag: die erhabene Wunderwelt der winterlichen Natur. Zum ersten Male hat es die hochentwickelte deutsche Lichtbildkunst unternommen, alle diese Wunder auf den Filmstreifen zu bannen, und zwar in einer so vollendeten Weise, daß auch der grimmigste Gegner der Flimmerwand jeden Widerwillen gegen das Kino verlieren muß, weil hier die Schönheiten geboten werden, die wirklich echt und in einer derartig großartigen „Aufmachung“ ohne Subtilenahme künstlicher und künstlicher Mittel sonst kaum erreichbar sind.

**Dresdner neueste Nachrichten:** Aber es ist ja nicht in ein paar Zeilen zu schildern „Das Wunder des Schneeschuhes“. Man schaue sich an. Es ist ein Erlebnis.

**Dresdner Volkszeitung:** Der Zuschauer aber, der diese 5 Akte während Schönheit mit erlebte, sitzt noch ergriffen, begeistert, jehnsüchtig und voller Freude, während schon der grüne Vorhang über der weißen Wand zusammenrückt.

Außerdem  
**Intermezzo im Schnee**  
Lustspiel in 2 Akten  
sowie mehrere Sportaufnahmen der verschiedensten Sports.  
Vorführung des Schneeschuhfilms: Wochentags 7/5, 7/7, 7/9 Uhr  
Sonntags 7/4, 7/6, 7, 7/9 Uhr  
Nachmittags von 4—6 Uhr Kinder- und Jugendvorstellung.  
Jugendliche haben auch abends Zutritt.

**KAUF HAUS**  
**BRÜHL**  
G.m.B.H.

**Billige Lebensmittel**

**Weinbrand-Verschnitt 80,40 % 4 Ltr.-Fl. 39,00**

**Schweineschmalz** ..... Pfund 9,50  
**Margarine** ..... Pfund 8,00  
**Rindertalg** ..... Pfund 8,00  
**Corned Beef** im Ausschnitt ..... Pfund 7,80  
**Corned Beef** ..... 1/2 Pfund-Dose 10,80  
**Gouda-Käse** ..... Pfund 13,00  
**Zuckerhonig** ..... 1 Pfund-Paket 4,20

**Pa. Apfelmus** tafelfertig ..... 2 Pfund-Dose 3,60

**Voll-Reis** ..... Pfund 2,70  
**Bruch-Reis** ..... Pfund 2,30  
**Grüne Erbsen** ..... Pfund 1,70  
**Viktoria-Erbsen** ..... Pfund 1,75  
**Rangoon-Bohnen** ..... Pfund 95  
**Peri-Bohnen** ..... Pfund 1,25  
**Linsen** ..... Pfund 4,80  
**Haferflocken** ..... Pfund 2,50  
**Maisgries** gelb ..... Pfund 1,90  
**Maisgries** weiß ..... Pfund 2,50  
**Maispuder** ..... Pfund 3,40  
**Pflaumen** ..... Pfund 5,20  
**Kaffee-Ersatz** ..... Pfund 1,90  
**Kaffee** gebrannt ..... Pfund 21,00 19,00

**Malzkaffee** 1 Pfd. 3,90 **Speisesalz** 10 Pfd. 2,25

**Kakao** 14,50  
gar. rein ... Pfund

**Königs-Pavillon**  
Promenadenstraße 8 Fernruf 19271  
Ab Freitag, den 27. Mai:

**Bruno Decarli**  
in

**Der Hirt von Maria Schnee**  
(Der Kuß der Keuschheit)  
Gewaltiges packendes Drama in 5 Akten!  
Erhabene wundervolle Szenerien!  
Machtvoll wirkende Handlung!  
Meisterhaft glanzvolles Spiel!

**Der Bräutigam als Braut**  
Köstliches Original-Lustspiel in 3 Akten

**Kasino-Lichtspiele**  
Neumarkt Fernruf 19050  
Freitag, den 27. Mai, **Uraufführung** des  
VI. Film der Bioscop-Luxusklasse

**Das Spiel mit dem Feuer**  
Ein ungemein fesselndes und spannendes Drama  
aus dem intimsten Leben einer  
gefeierten Schauspielerin in **5 Akten**  
In der Hauptrolle die  
bekannte größte italienische Tragödin:  
**Diana Karenne**

**Im Angesicht des Todes oder  
Der falsche Wahrspruch**  
Großes  
epochales Kriminal-Drama **5 Akte**  
voll packender Momente

**Anzüge, Hosen  
Schlüpfer  
Covercoats**  
aus besten Stoffen,  
elegante Naht,  
verkauft außerst billig  
Käthe Thieme Sporeng.  
güth. 10. I.  
Kein Laden. [

**Möbel-  
Ausverkauf**  
wegen Betriebsänderung  
Velche Holzmöbel wie  
Tische aller Art, Stühle,  
Blumen, Büten u. Bilder,  
Kand. s. spottbillig. Preis.  
**Ernst Mathesius**  
Hohrmöbelfabrik [ \*  
Gaußsch bei Leipzig.

**W**

**Weizengriess**  
nicht, aber  
entbitterten weissen

**Maizamin-Griess** Pfd. 2,50 Mk.  
ebenso

**Maizamin-Mehl** Pfd. 2,75 Mk.  
**Maizamin-Puder** Pfd. 3,00 Mk.  
sollte jede Hausfrau kaufen bei

**Mehl-Werner, Albertstr. 52**  
Ausgabestellen: Leipzig, Johannisplatz 3  
L.-Lindonau, Cranachstrasse 19  
L.-Kleinzschocher, Wigandstr. 22  
L.-Schönefeld, Stettiner Strasse 78  
L.-Stötteritz, Schönbachstr. 67  
L.-Gohlis, Landsborger Strasse 29



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Mai.

Parcelangelegenheiten.

Ortsverein L.-Ost. Der Frauendiskussionsabend fällt heute Donnerstag aus. Nächster Abend Freitag, den 3. Juni.

Gruppenrat B. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Kartell, 3. 104. Kurjus Braunkauf. Freitag, den 27. Mai, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 9. Thema: Balutafragen.

Aus dem Stadtverordnetenjaal.

Unter den Eingängen, die der Vorsteher, Genosse Seger, zu Beginn der gestrigen Sitzung vorbrachte, befand sich auch eine Eingabe, die sich dagegen wandte, daß immer mehr Leipziger die Rechte der Unterbringung Fremder entzogen werden. Die Stadtverordneten werden ersucht, im Interesse der Stadt dagegen einzuschreiten. In einer Eingabe ersuchte das Leipziger Gewerkschafts-Kartell, die Befähigung zum Mietvertragsamt und vom Gewerbeamt nach den Sägen zu entschädigen, die kürzlich die Gewerkschaft der Amtshauptmannschaft mit 25 Mark Schadensgeld und Arbeitsverdienstentschädigung bis zu 40 Mark bestritten hat. Genosse Krüger machte die Eingabe zur feindlichen Sache andere Eingabe verlangte.

Darauf berichtete Genosse Köschel über die Speiseanstalten, die wir gestern eingehend behandelt haben. Die Stadtverordneten stimmten der Vorlage einstimmig zu.

Den Bericht über die Vorlage wegen der Delegation zum Deutschen Städtetag in Stuttgart gab Genosse Seger. Er wies darauf hin, daß der Rat statt der zusehenden acht nur vier Delegierte (zwei Stadträte und zwei Stadtverordnete) entsenden wollte. Die Fraktionen haben sich aber sämtlich dafür erklärt, wegen der wichtigen Tagesordnung in Stuttgart das Delegationsrecht voll auszunutzen. Bei der Bescheidung soll die Parität gewahrt werden; es sollen vier Sozialdemokraten und vier Bürgerliche entsandt werden. Das Kollegium beschloß in diesem Sinne.

Die Differenzen mit der Kreishauptmannschaft.

Da die Kreishauptmannschaft den Beschluß des Rates und der Stadtverordneten, die im März wiedergewählten Stadträte Dr. Mertz und Dr. Bühring nicht auf Lebenszeit zu wählen, beanstandet hat, schlägt der Rat eine Änderung des Ortsgesetzes vor, in der bei zukünftigen Stadtratswahlen die Wahl auf Lebenszeit ausgeschlossen und an deren Stelle eine 12jährige Wiederwahl treten solle. Das Ministerium solle ersucht werden, seine Zustimmung zu dieser Abweichung von den Bestimmungen der Reichs-Städteordnung zu geben. Ueber die Vorlage berichtete Bürgermeister Dr. Junck. Mit der Beratung dieser Vorlage nahm das Kollegium auch Stellung zu dem Entscheid der Kreishauptmannschaft über die Rats- und Stadtverordnetenbeschlüsse, in dem sich bekanntlich die Kreishauptmannschaft in ausgedehnter Weise äußerte. Bei der Aussprache über diesen Gegenstand kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie und dem Herrscher Jeremias, weil sich der Herrscher schuldig vor den kreishauptmannschaftlichen Erzeugnisse, der die Stadtverordneten in der unvernünftigsten Weise beleidigt hatte. Der Herrscher holte sich dabei für sich und seine Fraktion wieder einmal eine gründliche Abfuhr, die noch dadurch vergrößert wurde, daß der deutschnationalen Schmidt II nach der Linken des Hauses „Schmierfinken“ rief und nachher, vom Genossen Liebmann zur Rede gestellt, seinem Zorn eine harmlose Auslegung gab.

Dr. Junck wies in seinem Bericht zunächst darauf hin, daß die Forderung auf zeitlich beschränkte Wiederwahl der Stadträte nicht ein Produkt der Revolution ist, sondern schon in Bayern, Baden, Württemberg und Preußen lange vor dem Kriege bestand. In Preußen sogar seit 1855. Man hätte nur wünschen können, daß die juristischen Darlegungen des Redners von dem Juristen der Kreishauptmannschaft, dem Freiherrn von Der, mit angehört worden wären, er hätte vielleicht etwas daraus lernen können, vielleicht aber auch nicht. Hoffentlich sieht sich der Herrscher das Protokoll dieser Sitzung recht genau an. Juristisch wies Dr. Junck nach, daß die kreishauptmannschaftliche Jurisprudenz auf sehr mangelhafter juristischer Kenntnis beruht. Daraus erklärt sich offenbar die absichtlich beleidigende Form des kreishauptmannschaftlichen Bescheides. Diese Beleidigungen wies Dr. Junck entschieden zurück, sie seien mit größtem Nachdruck zu tadeln. Das Ergebnis der Aktion der Kreishauptmannschaft sah Dr. Junck dahin zusammen, daß an den Beschlüssen des Rates und der Stadtverordneten nichts geändert wird.

Nach dem Berichterstatter meldete sich Herrscher Jeremias zum Wort, der im Auftrage seiner Fraktion gegen die Änderung des Ortsgesetzes und gegen das Ersuchen um Genehmigung des Ministeriums sprach. Er erhebe Einspruch, weil die Befestigung der Wahl auf Lebenszeit aus politischen Gründen erfolgen solle. Damit würden auch die Grundrechte der Beamten angegriffen. Jeremias erklärte: Ich erwarte, daß das Ministerium die Genehmigung nicht erteilt. (Gelächter bei der Linken des Hauses. Zurufe: Da sind Sie aber auf dem Holzwege!) Zu den Beleidigungen der städtischen Körperschaften durch die Kreishauptmannschaft erklärte der Herrscher, die Erregung der Reichs- und der bürgerlichen Vertreter über den Bescheid der Kreishauptmannschaft verstehe er nicht. Die Leipziger Volkszeitung habe einen Artikel über diesen Bescheid der Kreishauptmannschaft geschrieben, der so gehalten sei, daß er (der Herrscher) die Lammesgebuld der Herren am Kopfplatz nicht be- reufe. (Zuruf: Staatsanwalt!)

Genosse Liebmann, der darauf zum Wort kam, nagelte das Denunziantenstück des Herrschers gebührend fest. Wenn jemand das Recht hat, sich beleidigt zu fühlen, dann sind es die Stadtverordneten. Die Regierung hätte hier einmal von ihrem Aufsichtsrecht Gebrauch machen und ihr nachgeordnetes Organ rüffeln müssen. In der Zurückweisung der Beleidigungen sei kein Ausdru- ck zu sehen. In dem kreishauptmannschaftlichen Bescheid heißt es: Die Stadtverordneten hätten geradezu einen unstillbaren Zorn nach unternommen, ihr Verhalten wird in Vergleich gestellt mit wucherischer Ausnutzung der Zwangs- und Kollage der Stellungsänderungen. Ferner hat der Geheime Rat das Verhalten der Stadtverordneten in Vergleich gestellt mit der Abnahme eines ehrenwörtlichen Versprechens zur Besetzung eines Verzeichnisses oder einer geschwindigen Handlung. Trotz dieser schweren Beleidigungen kommt ein Mitglied des be- leidigten Kollegiums und sagt: Ich verstehe die Erregung nicht! Damit kennzeichnet sich der Mann selbst! (Lebhaftes sehr richtig!) Obwohl der Demokrat Dr. Junck nachgewiesen hat, daß die Wahl auf Zeit schon vor dem Kriege in vielen Bundesstaaten bestand, reißt der Stadtverordnete Jeremias gegen diese Regelung, weil sie im Erfurter Programm gefordert wird. Die Hoffnung, daß die Regierung die Genehmigung verweigern, sollte der Herrscher begraben. Da könne er auch gleich eine Leichenrede dazu halten. Die Kreishauptmannschaft hat das Verhalten des Rates und der Stadtver- ordneten mißbilligt! Wir pflegen auf diese Mißbilligung, und wenn sich Herrscher Jeremias schützend an die Seite des Reichherrn der Kreishauptmannschaft stellt, so weisen wir auch darauf! Der Herrscher sah bei dieser öffentlichen Abstrafung da mit dem Kopf. Er mußte sich darauf noch von Dr. Junck und vom Oberbürgermeister sagen lassen, daß durch die Wahl auf

Zeit die Rechte der Beamten nicht beeinträchtigt werden. Der Oberbürgermeister gab noch den höchsten Ausdruck, daß die Regierung die Genehmigung zu der Änderung des Ortsgesetzes erteilen werde. Nachdem der Herrscher auch das noch erduldet hatte, ersuchte er den Vorsteher ganz geknickt um Schutz, „weil Herr Liebmann unseren bürgerlichen Beruf in so verletzender, gehässiger Form nennt“. Damit schloß das Schauspiel, in dem der Herrscher mit seinen Freunden eine so klägliche Rolle spielte. Ein paar Getreue um den Herrscher stimmten mit diesem gegen die Ratsvor- lage, die mit erdrückender Mehrheit angenommen wurde.

Das Dampfbad I. Klasse.

In der vorhergehenden Sitzung hatte die unabhängige Fraktion beantragt, die vom Rat verlangte Einrichtung des Dampf- bades I. Klasse nicht vorzunehmen, dafür aber das Dampfbad II. Klasse zu erweitern. Darauf wurde die Vorlage noch einmal zur Beratung an die Ausschüsse zurückverwiesen. In der gestrigen Sitzung wurde nun vom Stadtrat Dr. Paul erklärt, die Stadt zahle für jedes Dampfbad II. Klasse 1.11 Mk. zu. Würde das Dampfbad II. Klasse erweitert, so müßte sich der Zuschuß der Stadt mit dem Befuß des Bades vergrößern. Dagegen sollten beim Dampfbad I. Klasse die Preise so gestellt sein, daß sie noch einen Ueberschuß bringen. Im gleichen Sinne sprachen auch die Rechts- sozialisten Pollender und Kressin. Genosse Dr. Popitz verlangte, daß die Bedienung und Behandlung im Dampfbad II. Klasse nicht minderwertiger sein dürfe wie im Dampfbad I. Klasse. Falls der Raumangel in der II. Klasse durch die Errichtung der I. Klasse nicht beseitigt werde, müßten die Räume der I. Klasse mit zum Dampfbad II. Klasse verwendet werden. Im übrigen solle die Einrichtung der I. Klasse nur ein Versuch auf einige Zeit sein. Nachdem sich Frau Schumann gegen die Errichtung der I. Klasse ausgesprochen hatte, wurde der Vorlage gegen drei Stimmen zu- gestimmt.

Der Bewilligung von 21 000 Mk. als Vergütung an die Schuh- mannschaft für Mehraufwand infolge erhöhter Dienstbereitschaft anlässlich der Anruhen in Mitteldeutschland wurde gegen die Stimme der Frau Schumann zugestimmt, nachdem Frau Schumann eine Rede gegen die „Zubasse“ gehalten hatte.

Die übrigen Tagesordnung wurde ohne wesentliche Debatte erledigt. Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Ein Geständnis des Herrn Oberbürgermeisters.

Zu dem Artikel „Eine Erbsengerei in Leipzig“ (Nr. 116 der L. V.) schreibt uns der Oberbürgermeister von Leipzig:

In der 1. Beilage zu Nr. 116 Ihrer Zeitung vom 21. Mai 1921 findet sich unter der Ueberschrift „Eine Erbsengerei in Leip- zig“ ein Artikel, in welchem im 3. Absatz zwar ohne Nennung meines Namens, aber so, daß jeder es verstehen soll und verstehen kann, mir der Vorwurf gemacht wird, daß ich im Interesse der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt und der Leipziger Hypothe- kenbank die Einrichtung einer Girokassa des Giroverbandes der sächsischen Gemeinden verhindert hätte.

Diese Behauptung ist bewußt gegen die Wahrheit aufgestellt. Aus dem Protokoll über die öffentliche Sitzung der Stadtverordne- ten vom 22. Januar 1921 geht deutlich hervor, daß die Ableh- nung durch die Stadtverordneten damals erfolgt ist, weil man sich keinerlei Vorteil von der Errichtung einer Kasse in Leipzig für die Stadt versprach. Beide Ratsvertreter, Herr Oberbürger- meister Dr. Dietrich wie Herr Bürgermeister Roth, haben erklärt, daß von Gewinn bei Errichtung der Kasse keine Rede sein könne, sondern daß man zuletzten werde, und daß man die Kasse nur ein- richten wolle, um den kleineren sächsischen Gemeinden entgegen- zukommen. Die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt führte damals die Kasse und wollte sie los werden. Wenn ich also als damaliges Ausschrittsmitglied der Kreditanstalt die Interessen der Kredit- anstalt hätte fördern wollen, dann hätte ich für die Ratsvorlage eintreten müssen. Ich habe aber dagegen gestimmt und auch da- gegen gearbeitet, weil ich die Einrichtung für unnötig und für verlustbringend für die Stadt hielt. Die Leipziger Hypotheken- bank hat als Hypothekenbank niemals den Giroverkehr gehabt, war also an der Sache gänzlich unbeteiligt. Die Stadt hat ja schließlich auch von dem Anschluß an den Giroverband abgesehen und erst kürzlich haben die Stadtverordneten beschlossen, den Giroverkehr an die Sparkasse anzuschließen.

Der mir versetzt gemachte Vorwurf, daß ich zugunsten der Kreditanstalt der Allgemeinheit eine Einnahme entzogen hätte, ist also gänzlich hinfällig und, da das Gegenteil in aller Öffent- lichkeit festgelegt worden ist, bewußt wider die Wahrheit gemacht. Ich bitte, vorstehende Ausführungen als Berichtigung des Artikels in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen.

Hochachtungsvoll Dr. Rothe, Oberbürgermeister.

Der Herr Oberbürgermeister gibt der Öffentlichkeit wertvolle Aufklärung. Er gesteht, Ausschrittsmitglied der Kreditanstalt gewesen zu sein und gegen die Ratsvorlage gestimmt und ge- arbeitet zu haben. Begründung: Er habe die Einrichtung für ver- lustbringend für die Stadt gehalten. In Wirklichkeit hat die Einrichtung den beteiligten Gemeinden von Jahr zu Jahr steigende Ueberschüsse gebracht. Die Stadt Leipzig aller- dings ist leer ausgegangen dank der Fürsorge des Herrn Dr. Rothe und seiner Freunde. So haben Vertreter der Stadt, die zugleich Ausschrittsmitglieder eines großkapitalistischen Unternehmens waren — die sächsischen Interessen gefährdet! Die bürgerlichen Parteien sammeln sich inzwischen, um zu ersehen, daß wieder die alten Zustände auf dem Rathaus eintreten. Und nach ihnen sehnt sich vor allem der Herr Oberbürgermeister, dem die neue Richtung durchaus nicht in den Kram paßt, wie er durch sein Verhalten stets zu verstehen gegeben hat. Die arbei- tende Bevölkerung Leipzigs sollte sein Geständnis nicht so bald aus dem Gedächtnis verlieren.

Ein dringendes Bedürfnis.

Wie überall, wo es deutsche Beamte gibt, so hat auch in unserer Stadtverwaltung neue Amtsbezeichnung im Dienst statt- gefunden. Das war sozusagen ein längst gefühltes Bedürfnis. Dabei handelt es sich um eine sehr wichtige Errungenschaft des „erwachenden Deutschland“. Wie uns ehemals die West- „unseren Leutnant“ nicht nachahmen konnte, ebenso unsern Richter und diverse andere sehr wichtige Elemente des deutschen öffentlichen Lebens, so ist es jetzt abermals vor eine Unnahbarkeit deutscher Geistes gestellt. Kein Wunder, daß der Reich der West auf den deutschen Geist nicht aufhören will. Mit diesen neuen Titeln ist zweifellos ein erheblicher Schritt zum Wiederaufbau Deutsch- lands getan worden. Besonders ist es zu begrüßen, daß die Titel nicht länger, sondern länger geworden sind. Recht deutlich tritt dies bei jenen Beamten unseres Rathauses zutage, die früher bescheidenlich nur Aktuar, Sekretär und Obersekretär hießen. Da- für steht man auf den Türschilddern jetzt Stadtssekretär, Stadtobersekretär, Stadtverwaltungsinspektor und Stadtverwaltungsdirektor. Bei den beiden letzten Titeln dürfte es sich ganz besonders empfehlen, vor dem Gebrauch eine sichere Aussprache einzulernen. Nicht viel anders steht es mit dem Stadtverwaltungsassistenten. Auch dieser Titel ist, wenn auch jugenbrecherisch, und nicht gerade annützig, so aber doch geeignet, fast die Breite einer Zeitungsspalte einzunehmen. Verschiedentlich findet man gleichzeitig awei Titel auf einem Türschild. Das ist z. B. bei den früheren Baureisenden der Fall. Da kann man jetzt lesen: Baumeister Meffert, Stadtbaumeister oder auch Stadtbauamt- mann. So gibt es noch eine ganze Reihe von neuen Titeln,

die zur Erheiterung der Öffentlichkeit recht bekannt zu werden verdienen.

Nun zur Rehrseite. Was ergibt sich hieraus für den Be- dauernswerten Untertanen? Dreierlei Möglichkeiten der Umde- form sind nur gegeben. Entweder forrekte Aussprache, selbst eines meterlangen Titels, was aber nur wenigen Glücklichen mög- lich sein wird, oder eigenmächtige Erweiterung des Titels durch Voranfügung des Wortes „Ober-“, z. B.: Herr Oberstadtsverwal- tungsassistent. Da man es bisher nur selten erlebt hat, daß ein Beamter im Verkehr gebeten hat, ihn nur mit dem Familien- namen anzureden, so wird auch der Untertane stets einen guten Eindruck hinterlassen, wenn er den Titel, wie erwähnt, steigert. Die dritte Möglichkeit ist die, daß man dieses Titelwesen als a r o b e n Anflug ansieht und die betreffenden Beamten frank und frei als Herrn Müller oder Schulze anredet, ganz gleich wie sie stehen. Daß ein Beamter mit seinem Titel auch angeredet werden muß, steht weder in der Verfassung, noch — Gott sei Dank — im Versaßter Vertrag. Zweifellos gibt es eine ganze Menge von Beamten, die nicht den Wert darauf legen, mit dem Titel angeredet zu werden. Wenn das aber so ist, dann sollten die Beamten wenigstens so viel für diesen ihnen angehanen Titel- unflug übrig haben, daß sie an richtiger Stelle dem Publikum erklären, daß sie darauf verzichten, mit einem Titel angesprochen zu werden. Erfreulicherweise befindet sich schon eine solche Er- klärung deutlich an einer Stelle, dem städtischen Wohnungsbau. Gegen jedes Titelwesen sollten sich die Beamten aber durchweg heute mehr als sonst wenden. Für das Publikum ist dies heute schließlich nur noch ein Kapitel zum Lachen.

Ein Kampftag in der Champagne.

Das Militärvereinswesen verliert in Leipzig immer mehr Boden zu gewinnen. Zu diesem Zwecke werden allerlei Veranstaltungen arrangiert. Dieser Tage fand eine „kameradschaftliche Zusammen- kunft Leipziger Kriegerkameraden“ im Zoo statt. Das Kriegs- heberische Organ vom Veteransverein berichtet darüber. Alle Dienstgrade waren vertreten gewesen. Ein General wäre sogar in Uniform erschienen. Den Kriegsteilnehmern waren Armees- und Parademärsche sowie Filmaufnahmen „Der Bormarsch zur Marne“. Ein Kampftag in der Champagne geboten worden.

Parademärsche und Kampftage! Das ist die Kultur des Militarismus. Er will wieder zu seinen früheren Glanzzeiten gelangen, damit er aufs neue die Menschheit in ein Blutbad führen kann. Und die kapitalistische Presse vom Schlage der „L. V.“ unterstützt dies edle Streben. Es hat noch nicht genug Schuld auf sein Haupt geladen. Die „L. V.“ waren es, die vor dem Kriege die Vorbereitungen zum Kriege unterstützten, die zum Kriege beizogen, die mit Begeisterung den Kriegsbeginn begrüßten, die unentwegt „durchhielten“, die den Kriegsoberbehörden, den Annexio- nisten die Fahne vorantreiben und die Bevölkerung belogen und betrogen. Diese würdigen „L. V.“ hielten ihrem Grundsatze treu und unterstützen auch weiter den Militarismus. Daher ihre Liebe für — Parademärsche und Kampftage. Und es gibt selbst noch Leute aus den besitzlosen Schichten, die für solche Dinge Interesse zeigen, die noch nicht genug an einem Kriege haben.

4. Bundesstag des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes.

Der Deutsche Arbeiter-Stenographen-Bund hielt während der Pfingstfeiertage seinen 4. Bundesstag im Restaurant Bürgerhaus in Magdeburg ab. Es waren Delegierte aus Magdeburg, Halle, Zeitz, Torgau, Leipzig, Dresden, Niederbühl, Stettin und Mün- chen erschienen. Den Geschäftsbericht erstattete der Bundesvor- sitzende Otto, Magdeburg. Durch den Krieg war die Tätigkeit des Bundes fast lahmgelegt. Erst nach Beendigung des Krieges konnte der Bund seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Die Ver- breitung der Stenographie unter der Arbeiterklasse wurde dann recht rege und erfolgreich betrieben. Heute steht der Bund nach innen und außen ebenso stark und gestiftet da wie vor dem Kriege. Besondere Erfolge wurden in der Provinz Sachsen erzielt. In Halle, Torgau, Eisenach, Schönebeck und Alten wurden neue Orts- gruppen gegründet. Die alten Gruppen Zeitz und Weißenfels wurden von neuem belebt. Aber auch in Bayern, Republik Sachsen und Pommern waren Erfolge zu buchen. In Stettin und Nieder- bühl wurden neue Gruppen gegründet, in München, Rosenheim, Pasing und Kadebeul die alten Gruppen wieder belebt. Beson- dere Schwierigkeiten bereitete die Herausgabe des Arbeiter- stenographen. Die Herstellungskosten sind ganz bedeutend gestiegen. Eine weitere Steigerung steht bevor. Trotzdem war es möglich, die Zeitung regelmäßig monatlich herauszugeben. Die Tätigkeit des Bundesvorstandes wurde allseitig anerkannt. Es wurde ge- wünscht, der Unterrichtsvereiner an Schullinder mehr Aufmerk- samkeit zu widmen. Der monatliche Bundesbeitrag wurde auf 1.50 Mk. für Erwachsene und 1 Mk. für Jugendliche festgesetzt. Die Altersgrenze für Jugendliche ist wie bisher 18 Jahre. Ein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern soll in Zukunft nicht mehr gemacht werden. Dem nächsten Bundesstag soll eine Vorlage über eine andre Finanzierung der Bezirke vorgelegt werden. Ferner soll der Bundesvorstand Richtlinien herausgeben über die Befugnisse der Bezirksleitungen den Ortsgruppen- leitungen gegenüber.

Am zweiten Feiertag hielt der Bundesvorsitzende einen aus- sührlichen Vortrag über die Geschäftsführung der Ortsgruppen. Die aufgestellten Richtlinien wurden einstimmig angenommen. Ueber die Bestrebungen, einen Zusammenschluß aller Arbeiter- stenographen auf interregionaler Grundlage herbeizuführen, be- richtete ebenfalls der Genosse Otto. Er hielt jedoch den vom Ar- beiter-Stenographen-Bund Stofge-Schrey vorgeschlagenen Weg für zu weitgehend, weil die ganze Frage noch nicht so weit geklärt sei, um den Zusammenschluß der Arbeiterstenographen zu einem ein- heitlichen Verband zu ermöglichen. Es müsse zunächst eine inter- regionale Arbeitsgemeinschaft oder ein interregionales Kartell ge- schaffen und auf dieser Grundlage dann weiter gebaut werden. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme, ebenso wurde die Stellungnahme des Arbeiterstenographen zu dieser Frage aufgegeben. Der Bundesvorsitzende, Kassierer, Schriftleiter, der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und der Vorsitzende des Be- schwerdeauschusses wurden einstimmig wiedergewählt. Der nächste Bundesstag wird voraussichtlich 1925 in Dresden stattfinden.

Kohlenausgabe für Gewerkschaften und Kurzarbeiter! Um- gehend Gutscheine für Arbeitsstellen der Ausgabestellen in Städtisch- Blagwitz-Sellerhausen und Freiladebahnhof Entschick der frei- gegebenen Marken von der neuen Kohlentarte in der Geschäfts- stelle, Gerberstraße 3, Zimmer 2, einlösen.

Wie die Kommunisten „berichtigten“. Vom Verlag Der rote Kurier wird uns zu unserer gestrigen Notiz über die Unter- schlagung des Kommunisten Adermann in A. B. gemeldet: In der L. V. behaupten Sie in einer Bemerkung über die im roten Kurier veröffentlichte Warnung vor dem flüchtig ge- wordenen Karl Adermann, daß der Genannte als Verwalter des kommunistischen Pressefonds mehr als 100 000 Mk. unterschlagen habe, was Ihnen schon seit einiger Zeit bekanntgeworden sei. Wir stellen gegenüber Ihren Behauptungen berichtigend fest, daß Adermann niemals Verwalter des kommunistischen Pressefonds war, noch irgendwelche Stellung bekleidete, die ihm die Unter- schlagung gesammelter Pressefondsgelder ermöglicht hätte. Ver- walterin des Pressefonds ist nach wie vor die Geschäftsleitung der M.S. Produktionsgenossenschaft, Leipzig. Adermann ist ledig- lich als Zeitungsträger flüchtig geworden unter Mitnahme der für Monat Mai kassierten Abonnementsgelder. In der Warnung der kommunistischen Partei vor Adermann wurde behauptet, er hätte Zeitungs- und Parteigelder unter- schlagen. Hier heißt es, er hätte nur Abonnementsgelder mit-



genommen. Das ist ein Widerspruch. Außerdem verliert die Verlag Der Kater Kurier auch in der Berichtigung die veruntreute Summe. Wenn sie klein wäre, hätte er sie schon genannt.

Die Einführung von Sonntagsfahrten zum ermäßigten Preis ist jedoch vom Reichsverkehrsminister genehmigt worden. Sie werden vom 1. Juli an ausgegeben. Die Ermäßigung beträgt 33 1/2 Prozent. Die Karten können von den Direktionen bis zu einer Entfernung von 60 Kilometer, ausnahmsweise bis zu 75 Kilometer ausgegeben werden. Sie sind für bestimmte Verkehrsbeziehungen vorgesehen, die von den einzelnen Direktionen bestimmt werden. Die Karten sind also nicht etwa für alle beliebigen Strecken zu haben. Eine Neuerung gegen die frühere Einrichtung bedeutet es, wenn die Eisenbahndirektionen ferner ermächtigt worden sind, die Sonntagsfahrten schon mit Geltung vom Sonnabendmittag an auszugeben. Es wird dadurch eine Art von Wochenendkarten geschaffen, wie sie insbesondere in England üblich sind.

Pflanzen der Heimat. Das Naturkundliche Heimatmuseum (Trödelmarkt 1, Gewerbeausstellung) veranstaltet am Sonntagvormittag einen botanischen Ausflug in die Umgebung (Führer Fr. Richter). Die Teilnahme ist unentgeltlich. Die Einzeichnung in die Teilnehmerliste kann Freitag von 8 bis 12 und 3 bis 6 Uhr erfolgen. — Freitags, abends 1/8 Uhr, erfolgen bis auf weiteres Führungen und Besprechungen in der Schauausstellung.

Luftverkehr und Leipziger Messe. Während der letzten Leipziger Frühjahrsreise hat bekanntlich nach und nach von Leipzig ein äußerst reger täglicher Luftverkehr auf den Linien Berlin—Leipzig und Leipzig—München—München—Augsburg und zurück stattgefunden. Zahlreiche Passagiere, vor allem eine erhebliche Menge von Briefpost und Zeitungspaketen wurden auf dem Luftwege befördert. Dem weiteren Ausbau des Luftverkehrs galt eine Besprechung, die vor einigen Tagen auf Einladung des Leipziger Messexekutivkomitees im Sitzungssaal des Messexekutivkomitees stattfand. Das Ergebnis war insofern ein recht ermutigendes, daß der Luftverkehr nicht nur in dem Umfang wie auf der letzten Frühjahrsreise aufrechterhalten, sondern für die Herbstreise (28. August bis 3. September) nach Möglichkeit noch erweitert werden soll. Bereits in aller Kürze wird eine Luftverkehrslinie Hamburg—Magdeburg—Leipzig—Dresden eingerichtet, zu der während der Messen voraussichtlich noch eine Anschlussverbindung Magdeburg—Dortmund und schließlich auch eine solche Leipzig—Breslau kommt. Bei der Aufstellung der Flugpläne wird besondere Rücksicht auf die Postbeförderung genommen werden.

Der Leipziger Volkstheater hält in Hinblick auf die Aufführung des Cherevinski'schen Requiem im Oktober von jetzt ab zweimal wöchentlich seine Übungsstunden ab, und zwar Dienstag (Frauen) und Donnerstag (ganzer Chor, Gartenlaube), abends 7 1/2 Uhr, im Volkstheater. Sangesfähige Männer und Frauen, die das Requiem mitsingen wollen, werden in den Übungsstunden aufgenommen. Neben den Frauenstimmen ist besonders auch Verstärkung der Männerstimmen erwünscht.

Sozialistischer Studentenbund an der Universität Leipzig. Freitag, 27. Mai, abends 8 Uhr, Volkswohlfahrt, Köhlerstr. Lehrer Scheebler, M. d. V.: Der Zusammenbruch Deutschlands. Anschließend freie Aussprache. Gäste herzlich willkommen.

### Lebensmittelliste für Freitag, den 27. Mai.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Nachzügler für die Zuckerartenausgabe: Nr. 1601—2000 in der Hauptartenliste, Markgrafenstraße 8. Beihilfen für billige Kartoffeln (Zentner 25 Mk.) für Schwerekriegsbeschädigte im Ortsamt für Kriegserlösaufgabe, Ronnenmühlstraße 8, L. von 1/8 bis 1 Uhr: Buchstaben L—R. Rentenbescheid und Besorgnis des Ortsamts mitbringen. Gekochte Ausgabe von Tala, Margarine (je Pfd. 7,50) und Nüsse (3,50) auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegserlösaufgabe ausgestellte Besorgungskarten: Buchstaben M—R in der Warttabelle, Galerie, Stand 132. Rindfleisch (7,70 Mk.) an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegserlösaufgabe ausgestellte Besorgungskarten: Buchstaben R—S von 9—3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Tür. Es erhalten bis 3 Rindfleisch 2 Pfund, 4 und mehr Rindfleisch 3 Pfund Fleisch. Papier mitbringen. Fleischwurst (Kilogramm-Dose 4,20 Mk.) ebenfalls für Kriegsbeschädigte dabeif.

### Vollzeitsnachrichten.

Warnung vor einem jugendlichen Gaunerin. Am 23. d. M., vormittags, ist im Hauptbahnhof ein junges Mädchen, das einen Pappkarton und eine Stofftasche bei sich hatte, von einer etwa 18 Jahre alten Unbekannten angesprochen und von ihr ein Stück begleitet worden. Unterwegs hatte sich diese den Inhalt des Kartons, der aus einem weißen mit Perlmutterknöpfen besetzten Damenballkleid, einer gelbbraunen, schwarzgestreiften Damenbluse und einem schwarz und grau gestreiften Damenrock bestand zeigen lassen. Am Johannisplatz hat die Unbekannte das junge Mädchen, aus einem Hause dort 10 Pfundstücke für sie abzuholen, ließ sich aber zuvor den Karton und die Stofftasche, die seinen besonderen Wert hatte, übergeben, um beides, wie sie angab, einzuwickeln zu halten. Das junge Mädchen ging auch auf diesen Vorschlag ein. Als es unverrichteter Sache zurückkehrte, war die Gaunerin mit den Sachen verschwunden. Diese wird als unterlegt, mit sommerproppigem Gesicht, mit zu einem Raub geformten blonden Haar und als mit weißer Bluse und blauem Rock bekleidet gewesen beschrieben. Es wird vor dieser Person gewarnt. Wer über sie Angaben machen kann, tue dies recht bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache.

### Hunger

Roman von Anni Hansson.

Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Maria von Borch.

Hans Pauli Pettersen war ein Bauernstudent, der im Hof fünf Treppen hoch in einer Bodenkammer wohnte; Hans Antoni Pettersen war also ein armer Mann. Wenn er aber eine Krone hatte, so würde er sie hergeben. Ich würde sie so sicher bekommen, als ob ich sie schon in der Tasche hätte. Während des ganzen Weges freute ich mich auf diese Krone. — So gewiss war ich ihrer. Als ich an die Haustür kam, war sie geschlossen, und ich mußte läuten. „Ich möchte Student Pettersen sprechen“, sagte ich und wollte hinein. „Ich kenne kein Zimmer.“ „Student Pettersen?“ wiederholte das Mädchen. Ob es der gewesen, der in der Bodenkammer gewohnt? Der sei ausgezogen. Wohin, wisse sie nicht; seine Briefe hatte er sich aber hinunter nach der Tolddogade zu Hermanen schicken lassen, und dann nannte sie die Nummer. Voll Glauben und Hoffnung gehe ich die ganze Tolddogade hinunter, um Hans Paulis Adresse zu erfragen. Dies war der letzte Ausweg, und ich mußte ihn ausnützen. Unterwegs kam ich an einem Neubau vorüber, vor dem zwei Tischler standen und hobelten. Ich griff in den Hausen hinein, nahm ein paar harte Späne heraus und steckte den einen in den Mund und den andern für später in die Tasche. Dann schaute ich meinen Weg fort. Ich stöhnte vor Hunger. In einem Bäckerladen hatte ich ein wunderbar großes Zehndbrot im Fenster gesehen, das größte Brot, das ich den Preis überhaupt zu haben war. „Ich komme, um mich nach Student Pettersens Adresse zu erkundigen.“ „Berni Anders Gade Nr. 10, Dachwohnung.“ — Ob ich hinaus wolle? Na, ob ich dann so gut sein wolle und ein paar Briefe mitnehmen, die für ihn angekommen wären?

Warnung vor einem Tabakschwindler. Ein Schwindler, vor dem schon an dieser Stelle gewarnt worden ist, findet immer wieder Verdächtige. Er sucht seine Opfer in Privatwohnungen und Fabriken auf und bietet ihnen Rauchtobak, das Paket zu 15 Mk. zum Kaufe an. Der Gauner hat stets zwei Pakete von je 20 Pfund bei sich, deren eines er öffnet und dem er eine Probe wirklich echten Tabaks entnimmt, die den Interessenten gefällt. Die Käufer bemerken nach dem Daraufhin von ihnen abgeschlossenen Kaufe der beiden Pakete leider erst zu spät, daß sie in dem einen dieser — Buchenlaub gekauft haben und also betrogen worden sind. Der Betrüger ist etwa 33 Jahre alt, ungefähr 1,70 Meter groß, unterlegt, trägt gekrümmte, blonde Schnurrbart, hat breite Nase und ein sehr gebrautes Gesicht. Im Unterkiefer trägt er einen Goldzahn und am linken kleinen Finger einen Goldreif mit herzförmigem, blauem Stein. Bei seinem Wiederauftreten veranlasse man seine Festnahme; wer eine verdächtige Person kennt, auf die diese Beschreibung paßt, melde sich schnellstens bei der Kriminalpolizei.

### Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Turner. 2. Schicht. Sammeln zum Festzug des Reichsarbeiter-Sporttags mit 1000 Mann 1/2 Uhr, an der Gohliser Kirche. Alle Turngenossen und Turngenossinnen müssen daran teilnehmen. Sächsischer Spielvereinigung. 4. Kreis, 1. Bezirk. (Mitglied der Arbeiter-Turn- und Sportbundes.) Freitag, den 27. Mai: 6.30 Uhr: Sportklub 09 I—Vereinsmädchen I (Heimabend). Sonntag, den 28. Mai: 6 Uhr: Städtegemeinschaft Delitzsch—West 08 I (Veranstaltung). 8.30 Uhr: Sportklub 09 II—Kriminalklub II (Heimabend). Fußballvereinigung Jahn-Vertrag. Montag, den 30. Mai, abends wichtige Versammlung, zu der keiner fehlen darf. Fußballabteilung Kantschberg. Sonntag, den 28. Mai, 7 1/2 Uhr, wichtige Klubversammlung. Inwendigstehende werden nicht befristet. Fußballabteilung GutsMuths. Freitag, den 27. Mai, 8 Uhr, außerordentliche Versammlung im Waldhof Zandberg. Fußballklub West 08 a. V. Freitag, 27. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung betreffend Reichsarbeiter-Sporttag. Am 7. Juni Jugendversammlung. Die nachfolgenden Mitglieder müssen unbedingt am Freitag abgeben werden. Sportklub 09. Freitag, 27. Mai, 7 1/2 Uhr, Monatsversammlung im Restaurant Chateau, betr. Monatsabrechnung zur neuen Periode; es darf also keiner fehlen. Fußballabteilung: Hans Scheibler, L. Köpfer, Waldhof Zandberg, Straße 64a. Bezirk. Am Sonntag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, Spielplan der neu aufgestellten Städtegemeinschaft—West 08 am 6. Juni. Diese Nacht gilt den ausgesetzten Spielern als Spielabend. Das Spiel beginnt am 6. Juni im Waldhof Zandberg. Mittwoch, den 8. Juni, abends 7 Uhr, findet im Waldhof Zandberg die Stadtkampfbewerbsversammlung statt. Die der Gruppe angehörenden Vereine wollen ihre Vertreter dahin entsenden. Reichsarbeiter-Sporttag. Teilnehmerliste! Die Gruppe II durch rote, die Gruppe III durch gelbe, die Gruppe IV durch grüne, die Gruppe V durch hellblaue Hemden erkennbar, die hier der rote und letzte Hemd trägt. Die Teilnehmerliste markiert am Samstag, 27. Mai, vom Schmalzplatz an der Zandbergstraße geschlossen im Zeh nach dem Waldhofplatz; auch der letzte Mann muß erscheinen. Vereinsleiter: Bis 30. Mai sind Mitglieder und Fremde an den Vorständen Franz Cullig, Ludwig Cullig, Gohliserstraße 10, I, einzuliefern. Bis 10. Juni das Mitglied an den Vorständen Bruno Schmidt, Gohliserstraße 3, II, einzuliefern. Am 2. und 3. Juni, abends, und am 4. Juni, vormittags, können die Wäpfe beim Sportverein Otto Keller, Reubnitz, Gohliserstraße 11, abgegeben werden. Der 5. Juni ist der letzte Termin. Eine weitere Mitgliedschaft an die Vereine erfolgt nicht mehr. Jugend-Mitglieder: Die Vereine werden ersucht, jugendliche Spieler, die für eine Jugend-Städtegemeinschaft in Frage kommen, bis 5. Juni zu melden. Der Bezirksleiter für Fußball, Cullig, Jungmann.

### Aus der Umgebung.

#### Bezirksverband Grimma.

In der Woche vom 23.—28. Mai 1921 erhalten Versorgungsbezugsliste 30 Gramm Butter = 1.10 Mk. auf den Abschnitt 14 der Butterkarte.

In der Zeit vom 26. bis 28. Mai werden auf Abschnitt Juni 3 der vom 5. Mai bis 5. Juni geltenden Brotkarte 350 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 2.88 Mk. ausgegeben.

Tausch. Am Freitag, dem 27. Mai, abends Punkt 1/8 Uhr, findet eine öffentliche Gemeindevorstellung statt.

Tausch. Öffentliche unentgeltliche Impfung der 1920 geborenen und der im vorigen Jahre zurückgestellten Kinder im Jahrsabstimmer der Schule. Buchstaben A—L, Montag, den 30. Mai 1921, Buchstaben M—Z, Dienstag, den 31. Mai 1921, nachmittags 2 Uhr. Buchstaben A—L, Montag, und M—Z, Dienstag, den 6. und 7. Juni 1921, nachmittags 2 Uhr. Die Impflinge sind dem Orte zuzugewandert und in sauberer Kleidung vorzustellen. Kinder mit ansteckenden Krankheiten und solche, die in einem Hause wohnen, in dem 3. ansteckende Krankheiten herrschen, sind nicht vorzustellen. Ab 30. erste anderweitige Impfung bzw. Nachimpfung ist bis Ende 1921 Nachweis zu erbringen. Entziehung inpflichtigster Kinder von der Impfung bzw. Nachschau ist strafbar. a. Großstädte. Der Gemeindevorstand stellt den hiesigen Vereinen einen öffentlichen Spielplatz vorläufig bis Herbst d. J. zur Verfügung, alsdann ist eine eigene Anlage ins Auge gefaßt. Wegen die unzureichende Einrichtung des hiesigen Ortes in Ortsklasse D soll ein Sprudler erhoben werden, da benachbarte und zum Teil erheblich weiter von Leipzig entfernte Orte mit gleich teuren Lebensverhältnissen in Ortsklasse B und C eingestuft sind. Am 23. Mai beantragt die Quänterpelung von 90 Kindern hiesiger Schule.

b. Wösdorf. Aus dem Gemeinderat. Der Vorstehende teilt mit, daß die Gemeinde Wösdorf jetzt zur Ortsklasse D gehört. Die Übernahme des Müllgrabenbetriebes wird zunächst abgelehnt, nur wenn der Steg vom Rittergut Knauthain massiv ausgeführt wird, ist die Gemeinde Wösdorf bereit, den Steg ohne irgendwelche Entschädigung zu übernehmen. Der Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung, Hundesteuer betreffend, wird in der abgeänderten Form angenommen. Weiter mußte der Haushaltsplan nochmals durchberaten werden, weil die Amtshauptmannschaft denselben wieder zurückgereicht hat mit dem Bemerkung, daß die Bezirkssteuerabgabe zu niedrig und die vermutliche Vereinnahmung der Reichseinkommensteuer zu hoch veranschlagt war, dadurch erhöht sich nun der Bedarf auf 112 500 Mk. Deckungsmittel sind 98 000 Mk. vorhanden, so daß ein Fehlbetrag von 14 500 Mk. verbleibt. Dazu kommt noch ein Fehlbetrag der Schulkasse von

13 000 Mk. Infolgedessen mußte die Steuerfreiheit auf 1 Mk. erhöht werden. Der Haushaltsplan wurde dann in dieser abgeänderten Weise gegen eine Stimme angenommen. Der Abänderung des Haushaltsplanes wird in der von dem Architekten Poppe vorgeschlagenen Weise zugestimmt und die Amtshauptmannschaft um Genehmigung ersucht. Weiter beschloß man, bei der Amtshauptmannschaft um die Genehmigung eines Darlehens zur Deckung der Baukostenzuschüsse nachzugehen. Die Strafbestimmung der Feuerlöschordnung wird aufrechterhalten. Die Milch bleibt auch nach dem 1. Juni 1921 in der hiesigen Gemeinde zentralisiert und wird von der Gemeinde weiter verkauft. Es werden aus diesem Grunde Lieferungsverträge mit den Landwirten abgeschlossen werden. Hierauf fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.

W. Wiederitzsch. Gemeinderat. Von der Reichsanstalt Einkommensteuer sind für 1920/21 97 848 Mk. eingenommen, ebenso 91 31 68 Mk. Grundbesitzsteuer-Anteile vom Finanzamt. — Die Girokasse erbrachte einen Reingewinn vom 15. Juni 1920 bis Ende März 1921 von rund 2800 Mk. — Der Nachtrag zur Hundesteuer-Ordung ist von der Amtshauptmannschaft genehmigt. — Gegen eine Stimme wird der 12. Nachtrag zur Grundbesitzsteuer-Ordung in 2. Lesung genehmigt. — Die Beschlußfassung über bauliche Veränderungen im Gemeindevorstand erfolgt einstimmig. Die Deckungskosten sollen durch Darlehen aufgebracht werden. — Eine Anzahl Anträge auf Gewährung von Zuschüssen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden genehmigt. — Die Amtshauptmannschaft soll darauf aufmerksamer gemacht werden, daß die Fristen zur Ausführung von Baureparaturen mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu kurz bemessen sind. Der Gemeinde erwachsen hierdurch sehr hohe Kosten, da verhältnismäßig wenig erwerbsfähige Bauhandwerker am Orte anwesend sind und deshalb von auswärtigen herangezogen werden müssen. Die Amtshauptmannschaft möge beim Ministerium diesbezüglich einwirken. — Unter Verschiedenes macht der Ratsmitgliedverwalter, Genosse Krone, auf die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft für Milch zum 1. Juli d. J. und die daraus entstehenden Folgen für die arbeitende Bevölkerung aufmerksam. Man habe sich bereits mit den Landwirten ins Einvernehmen geeinigt, um zu verhindern, daß die Preise für die Milch für die Arbeiterklasse unerschwinglich würden, ebenso um die Milch für Säuglinge und Kranke sicherzustellen. Der Vertreter der Landwirte, Herr Gemeindevorsteher Krotzig, äußerte sich im wohlwollenden Sinne. — Es wird noch beschlossen, einen Mischprüfapparat für die Gemeinde zu beschaffen. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Wahl. Zur Elternratswahl. Sonntag, den 29. Mai, finden in unserem Orte die Elternratswahlen statt. Wie überall machen auch bei uns die Christlichen erhebliche Anstrengungen, um der Kandidatenliste der Feinde der weltlichen Schule zum Siege zu verhelfen. Da am gleichen Tage der Arbeiterpartei stattfindet, spekulieren die Christlichen bei der Wahl auf die Passivität der Arbeiterklasse. Kein Arbeitervater und keine Arbeitermutter darf sich durch die sportlichen Veranstaltungen der Arbeitervereine von der Wahl der Elternräte abhalten lassen. Opfern jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau die kurze Zeit zur Abgabe eines Stimmzettels für die Freunde der weltlichen Schule. Arbeiterkern! Zeigt den Feindlingen, daß bei euch über allem anderen das Interesse an der Erziehung eurer Kinder im Sinne einer freien, nicht mit überflüssigen Gedanken belasteten Weltanschauung steht. Brecht den Einfluß der Kirche auf die Schulerziehung der Arbeiterkinder. Alle Arbeiterkern geben am Sonntag ihre Stimme den Anhängern der weltlichen Schule, der Liste der USP.

Markranstädt. Heute, abends 7 Uhr, spricht Frau Anna Fleger, Heilbrunn, in der Guten Quelle.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Erweiterung der Gewerbeaufsicht.

Der sächsische Arbeitsminister hat den Bedürfnissen und den Wünschen der Arbeiterklasse entsprechend an die Gewerbeaufsichtsämter folgende Verordnung über die weiblichen Beamten der Gewerbeaufsicht erlassen: 1. Die Tätigkeit der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten hat sich auf die Ueberwachung der Ausführung aller Gesetze zu erstrecken, deren Ueberwachung auch sonst Aufgabe der Gewerbeaufsicht ist. Dabei haben die weiblichen Aufsichtsbeamten der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen, betreffend Kinder- und Frauenarbeit, sowie der Arbeit jugendlicher Personen und der Hausarbeit ihre besondere Sorgfalt im Ueberwachungsbedienstet anzuwenden. 2. Die Einwirkung der Gewerbeaufsichtsämter durch die weiblichen Aufsichtsbeamten auf die Arbeiterinnen begünstigt sachgemäßer Betätigung im Sinne des § 86 Abs. 1 und § 78 Abs. 1 des Betriebsratsgesetzes ist systematisch zu organisieren. Das besondere Vertrauen der Arbeiterinnen zu erwerben, die Arbeiterinnen mit dem Inhalte und Wesen der zu ihrem Schutz erlassenen gesetzlichen Bestimmungen bekanntzumachen, damit die Betriebsämter zu erhöhen und die Ergiebigkeit der Arbeit zu steigern, muß Leitgedanke der systematischen Organisationsarbeit sein. 3. Die Hilfsarbeiterinnen für Gewerbeaufsicht im Arbeitsministerium hat unter Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsämter durch die örtlich zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten mit den weiblichen Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenratsmitgliedern der Gewerbeaufsicht unterliegenden Betriebe, gegebenenfalls auch mit weiblichen Vertrauenspersonen der Gewerkschaften verhältnismäßige und für längere Zeit berechnete Verbindungen herzustellen und zu pflegen. Besonders geeignete Arbeiterinnen der beschl-

Ich gehe hinauf in die Stadt, denselben Weg, den ich gekommen, gehe wieder an den Tischler vorüber, die jetzt mit ihren Blechhöfen zwischen den Knien dasaken und ihr gutes Dampfbrötenbrot aßen; passierte den Bäckerladen, wo das Zehndbrot noch an seinem Plakate hing, und erreichte endlich halb tot vor Ermattung Berni Anders Gade. Die Tür war offen, und ich stieg die vielen beschwerlichen Treppen nach der Dachwohnung hinauf, zehle die Briefe aus der Tasche, um Hans Pauli gleich mit einem Schläge in gute Laune zu versetzen, wenn ich bei ihm eintrat. Er würde mir diese Gefälligkeit gewiß nicht abschlagen, wenn ich ihm die Verhältnisse auseinandersetze, ganz gewiß nicht. Hans Pauli hatte ein so edles Herz, das hatte ich ihm so oft nachgelagt. An der Tür fand ich keine Karte: „H. P. Pettersen, stud. theol.“ — nach Hause gereist. Ich setzte mich, setzte mich auf den kalten Fußboden, dumpf, müde, gebrochen. Ein paar Mal wiederholte ich mechanisch: „Nach Hause gereist! nach Hause gereist!“ Dann bin ich ganz still. Keine Träne in meinen Augen, kein Gebante, kein Gefühl. Mit aufgerissenen Augen sah ich da und starrte auf die Briefe, ohne irgend etwas zu unternehmen. Es vergingen zehn Minuten, vielleicht zwanzig, oder mehr; ich sah beständig auf denselben Fleck und rührte keinen Finger. Dieses dumpfe Brüten war beinahe wie ein Schlaf. Jetzt höre ich jemanden auf der Treppe; ich stehe auf und sage: „Ich suche den Student Pettersen, hier sind zwei Briefe für ihn.“ „Er ist nach Hause gereist.“ antwortete die Frau. „Aber nach den Ferien kommt er wieder. Wenn Sie wollen, kann ich die Briefe an mich nehmen.“ „Ja, danke, das ist mir sehr angenehm.“ sagte ich, „dann findet er sie, wenn er zurückkommt. Es könnte noch wichtiges drin stehen. Guten Morgen!“ Unten angekommen, blieb ich stehen und sagte laut, mitten auf offener Straße, mit geballten Fäusten: Ich will dir was sagen, mein lieber Herrgott, du bist ein Alleswissend! Und ich nickte wie

rasend und schreie mit zusammengeklappten Zähnen nach den Wolken hinauf: Hol mich der Teufel, du bist ein Alleswissend! Ich ging ein paar Schritte und blieb wieder stehen. Plötzlich veränderte ich die Haltung, faste die Hände und legte den Kopf auf die Seite und starrte mit starrer, frommer Stimme: „Hast du denn auch hinaufgerufen zu ihm, mein Kind?“ Das klang nicht richtig. „Mit großem Z, sage ich, vollem großen Z! Also nochmals: Hast du denn auch hinaufgerufen zu ihm, mein Kind? Und ich lasse den Kopf sinken und mache meine Stimme weinerlich und antwortete: Nein!“ Das klang auch noch nicht richtig. „Du Narr, du verstehst ja nicht zu heucheln! Ja, müßt du sagen, ja, ich habe Gott den Herrn angerufen! Und du müßt dir die jämmerlichste Melodie zu deinen Worten nehmen, die du je gehört. So — nur noch einmal! Ja, das war schon besser.“ Aber du müßt schreien, schreien wie ein Lungenkranke. So —. Und so unterwies ich mich in der Heuchelei, stampfte ungeduldig mit dem Fuß, wenn es mir nicht gelingen will, und schreie mich selbst einen Dummkopf, während die erstaunten Passanten sich umdrehen und mich betrachten. Ich taute ununterbrochen an meinem Hohlspahn und wachte so schnell ich konnte, die Straßen hinunter. Ich sah mich's verhalten, wie ich schon unten am Eisenbahnplatz. An der Erbsenstraße zeigte die Uhr auf halb zwei. Ich stand einen Augenblick herum und überlegte. Ein matter Schweiß brach auf meinem Gesicht hervor und flüchtete mir in die Augen. Komm mit nach dem Quai, sagte ich zu mir. Das heißt, wenn du Zeit hast? Und ich machte mir eine Verbeugung und ging hinunter nach dem Eisenbahnquai. Draußen lagen die Schiffe, die See wogte im Sonnenlicht. Ueberall emsige Bewegung, tönende Dampfmaschinen, Träger der Kräfte auf den Schuttern, munterer Gelaug der Aufwader bei den Prahmen. Eine Kundenfrau sah in meiner Nähe und beugte sich mit ihrer braunen Nase über ihre Waren. Der kleine Tisch vor ihr stand voll von Käsestücken, und ich wendete mich unwillig vor



neten Art sind als Vertrauenspersonen in bevorzugter Weise über ihre aus § 88 Ziffer 8 oder § 78 Ziffer 8 des Betriebsrätegesetzes stehenden Aufgaben sachgemäß zu unterrichten und soweit das nötig erscheint, bei der Entscheidung über Arbeiterinnenfragen zu Rate zu ziehen. Mit diesen Vertrauenspersonen ist von der zuständigen Beamtin möglichst regelmäßig brieflicher Verkehr zu pflegen. Der briefliche Verkehr erfolgt unmittelbar zwischen Arbeiterin und Beamtin unter händiger Kenntnisnahme durch das Gewerbeaufsichtsamt und zu dessen Akten.

4. Die Namen der weiblichen Vertrauenspersonen sind von der zuständigen Beamtin auf besonderer Liste zu verzeichnen. Abwärts der Liste ist der Hilfsarbeiterin im Arbeitsministerium einzufügen. Streichungen und sonstige Änderungen der Liste sind zu melden.

5. Die Hilfsarbeiterin im Arbeitsministerium hat zum Zwecke der Pflege dauernder Verbindung der weiblichen Arbeiterschaft und der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten auf die in Frage kommenden weiblichen Vertrauenspersonen, gegebenenfalls auch auf weibliche Vertrauensleute von Arbeiterorganisationen aller Richtungen, durch Vorträge, mündliche Beratung oder andere geeignet erscheinende Mittel mit der oben bezeichneten Zweckbestimmung einzuwirken. Die Vorträge usw. können nach Orten, Bezirken oder Industrie- oder Berufszweigen getrennt organisiert werden.

6. Die Mitwirkung sozial tätiger Schichten, Körperschaften oder Personen (Arbeitskassen, Lehrerschaften, Bezirksvereinigungen usw.) ist wünschenswert, und haben die Beamtinnen auf die Gewinnung solcher Kreise hinzuwirken.

7. Die Hilfsarbeiterin im Arbeitsministerium hat zur Erfüllung der bezeichneten Aufgaben jährlich mindestens zweimal die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten durch den Landesgewerbeinspektor zu Vorgesprächen zusammenzurufen, (an denen dieser auch gleich dem Landesgewerbearzt nach Belieben teilnehmen kann), um an Hand der Erfahrungen Vervollständigung der Einrichtung herbeiführen zu können.

8. Die Hilfsarbeiterin im Arbeitsministerium hat über die in dieser Sache erforderlichen Dienstreisen Tagebuch und Akten zu führen, den Landesgewerbeinspektor ständig auf dem Laufenden zu erhalten, sowie monatlich mindestens einmal dem Arbeitsminister Bericht über den Fortgang der Arbeiten und die gemachten Erfahrungen zu erstatten.

### Gehheimratspolitik.

In der bürgerlichen Presse regen sich einige Schreiberleuten auf über eine Verfügung des sächsischen Arbeitsministers, durch die das Landesamt für Arbeitsvermittlung unter sozialistische Leitung gestellt wird und speziell das Ministerat über Berufsberatung eines Angehörigen der U.S.P.D. übertragen worden ist. Unter den Ueberbetrifften „Der Kandidat des Herrn Arbeitsministers“, „Militärische Entlassung eines Beamten durch den Arbeitsminister“ und ähnlichen werden die größten Schwindereien in die Welt gesetzt. Die ganze Dummheit ist zweifelsfrei auf die Initiative bestimmter Beamtenkreise zurückzuführen und beruht auf einem groben Vertrauensbruch eines Teiles des als so korrekt sich benehmenden Beamten- und Angestelltenkörpers.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung wird in der Zukunft große und wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Die Arbeitsvermittlung in Sachsen läßt außerordentlich viel zu wünschen übrig. Besondere Bedeutung aber kommt der Berufsberatung zu. Es wird darüber noch eingehend zu sprechen sein. Die Wirkungen des Krieges auf die Kinder des arbeitenden Volkes treten jetzt bei dem Eintritt der Verbräute in das Berufsleben in die Erscheinung. Sowohl Körpergröße, wie Körperstärke ist nach einwandfreien Feststellungen erheblich zurückgegangen. Weder Eltern noch Kinder berücksichtigen diese Tatsachen bei der Berufswahl. Dabei sind psychologische und pädagogische Momente zu berücksichtigen. Nur mit gründlicher und größter Sachkunde ausgeführte Berufsberatung kann Deutschlands Volkswirtschaft unter den herrschenden schwierigen Verhältnissen sich gedeihlich entwickeln. Auch die verdienstvollen Arbeiter des Landesgewerbebezirks beweisen die Notwendigkeit ernstlichen Handelns. Sachsen steht mit seiner Berufsberatung unter den deutschen Ländern an letzter Stelle. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Organisation aus diesen Arbeiten und die Leitung des Landesamtes für Arbeitsvermittlung Leuten anvertraut wird, welche in ihren sozialen und volkswirtschaftlichen Auffassungen mit der Mehrheit der sächsischen Bevölkerung auf gleichem Boden steht. Man sollte deshalb dem Arbeitsminister dankbar sein, daß er vom 1. Juni ab den Sozialist Lüttich zur Leitung des Landesamtes für Arbeitsvermittlung an Stelle des Herrn Malogeler berufen hat. Lüttich ist als Fachmann in Arbeiterkreisen bekannt. Man sollte ferner dankbar sein, daß der Arbeitsminister in Herrn Kirch einen Mann gefunden und eingestellt hat, der in Fragen der Berufsberatung von bürgerlichen, rechtssozialistischen und unabhängigen-sozialistischen Kennern das beste Zeugnis ausgestellt wird.

Das Herr Regierungsrat Malogeler, der bisherige Leiter des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, „gemästert“, daß er „entlassen“ und er „zur Disposition gestellt“ worden sei, wie die bürgerliche Presse berichtet, ist nach ungenügenden Informationen glatter Schwindel. Herr Malogeler wird im Arbeitsministerium weiter beschäftigt. Eine Frechheit ist einfach die Behauptung, daß Herr Kirch nicht orthographisch schreiben könne. Der Wunsch ist hier wohl der Vater des Gedankens? Die Arbeiterkraft wird das Vorgehen des Arbeitsministers begrüßen.

Man lasse uns die Klätter all uns ungehört besetzen, denn ihres Willens lauter Schall bewelkt uns, das wir teilen.

Im übrigen wäre es außerordentlich wünschenswert, wenn von maßgebender Stelle eine Aufklärung gegeben würde und einmal mit denjenigen Beamten, die sich in die neuen Verhältnisse nicht finden können und notwendigen Umgestaltung der Verwaltung aus persönlichem Eigennutz oder politischen Gründen die größten Schwierigkeiten bereiten, gründlich aufgeräumt würde.

Dresden. Am Mittwochvormittag brach in einem Bahnspeicher der Dresdener Expeditionsfirma Sebe auf dem Neustädter Elbufer Großfeuer aus, das sehr rasch um sich griff und durch die

Im Schuppen Lagernden leichtentzündlichen Stoffe, vor allem durch Sauerstoff- und Kohlenäuregasen sowie Benzin und Petroleum zu einer großen Reihe von heftigen Explosionen führte. Die Detonationen waren in der ganzen Stadt hörbar, die Fenster scheibeln in der Umgebung des Explosionsherdes wurden durch den Luftdruck zerstört. Mehrere Straßenpassanten wurden durch umherfliegende Sprengstücke verletzt, einer davon schwer. In dem Schuppen selbst bestand sich bei Ausbruch des Brandes niemand. Das Feuer griff dann noch auf zwei weitere Lagergebäude über, von denen eines völlig zerstört wurde. Die Feuerwehr war durch die Sprengstücke sehr gefährdet, konnte aber nach mehrstündiger Arbeit den Brand auf seinen Herd beschränken. Der angerichtete Sachschaden ist sehr erheblich, doch durch Versicherung gedeckt. Ueber die Brandursache läßt sich noch nichts sagen.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Aussperrung der Malergehilfen eine Komödie.

Die Leipziger Malerinnung ließ durch die L. N. N. im Zeitdruck mit allem Tamtam der Öffentlichkeit verkünden, daß, nachdem die unvernünftigen Malergehilfen am Dienstag früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten, die Aussperrung der in den nicht bestreiten Malergeschäften noch arbeitenden Malergehilfen zu erfolgen habe laut Innungsbeschluss. Die Innung hatte aber tags zuvor erst noch ein Geheimzirkular an die Malermeister Leipzigs versandt, durch das erst noch die richtige Stimmung in die Sache gemacht werden sollte. Jedenfalls traue der Herr Oberstabsarzt seinen Kanzen nicht recht, daß „sie mitmachen“. Also 1000 Malergehilfen kämen bei der Aussperrung in Frage. Das wurde der Öffentlichkeit verkündet. In Wirklichkeit haben von den etwa 650 Malermeistern in Leipzig ganze 16 Malermeister ihre Gehilfen ausgesperrt, und dabei kommen zusammen genau 31 Malergehilfen in Frage.

Dabei glaubte die Innung, mit ihrer Aussperrung die Malergehilfen ins Vordringen zu jagen, aber da hat sie sich getäuscht. Außerdem hat die Innung nochmals großzügig wie immer verfahren lassen, daß sie mit uns nicht verhandelt. Nun gut, die Malerinnung hat ja während dieser ganzen Lohnbewegung, trotzdem sie dreimal benachrichtigt worden ist, alles abgelehnt, also überhaupt nicht verhandelt, sondern den Malergehilfen ihr Diktat aufzudrücken wollen, denn der Lohn ist nach „ihrem Ansehen“ hoch genug.

Die Gehilfenschaft mußte also ein geeignetes Mittel anwenden, um die Malermeister zum Verstand zu bringen, denn wenn einmal Schiedssprüche durch das Reichs- und Landesarbeitsamt gefällt sind, welche allen deutschen Großstädten durchschnittlich 50 Pfg. pro Stunde Lohnerhöhung zusprechen, so können die Leipziger Malermeister in der Rolle als Unkensteiner nicht fungieren. Leipzig ist für sie keine Großstadt. Sie glauben wieder einmal, wie bei jeder Lohnbewegung, im trüblichen Schicksal zu liegen und dazu muß nun noch ihr letztes Kampfmittel herhalten: die Aussperrung, der geheime Terror und die Aufforderung an die Leipziger Kundenschaft, ihre Arbeiten zurückzustellen.

Der Leipziger Einwohnerrat aber wollen wir sagen, daß sie mit ihren Aufträgen im Interesse der Allgemeinheit nicht hinauszuhalten braucht, weil es genügend Malergeschäfte in Leipzig gibt, die mit der Gehilfenschaft auf Grund der Schiedssprüche in Berlin und Dresden in Frieden leben. Die Arbeiter können also von solchen Geschäften ausgeführt werden, ohne jede Pause. Die verpuffte Aussperrung geht vorläufig aber weiter, und die streikenden Malergehilfen haben keine Ursache, die Arbeit eher aufzunehmen, bis die Malermeister Leipzigs anerkennen, daß sie nicht nur allein auf der Welt sind, sondern daß es neben ihnen auch noch Malergehilfen gibt. Daß die Leipziger Malermeister rückwärts sind, beweist, daß sie ihre alten Gehilfen alle aussperrten. Also Malergehilfen Leipzigs, Augen auf! Eine geschlossene Front wie bisher und der Sieg muß unser werden.

### Verband der Maler.

### Tarifverhandlungen im Steinbrudergewerbe.

Am 7. Mai traten die beiden bisherigen Vertragsorganisationen zusammen, um den Abschluß eines neuen Reichstarifes für das deutsche Lithographie- und Steinbrudergewerbe zu beraten. Eine Besonderheit der diesmaligen Tarifberatung war, daß die Christlichen Zulaufung zur Beratung des Tarifes und auch als Tarifkontrahent forderten. Bei der kleinen Anzahl christlich orientierter — es kommen nach Angabe der Christlichen kaum 10 Arbeiter zusammen — lehnte der Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe diese Zulaufung der Christlichen trotz persönlicher Vorsprache ab und bestand auch den Unternehmern gegenüber auf dieser Ablehnung. Die wesentlichsten Punkte der dreitägigen, außerordentlich scharfen Auseinandersetzung bildeten Arbeitszeit, Arbeitslohn, Stücklohn, Prämienarbeit und Ferienarbeit. Dem Antrag der Unternehmer auf Einführung der reinen 40stündigen Arbeitszeit stand ein Antrag der Gehilfen auf Einführung der 40stündigen Arbeitszeit gegenüber. In den Nachtstunden des dritten Tages konnte Uebereinstimmung erzielt werden dahingehend, daß es neben einigen aus der Praxis herausgewachsenen Notwendigkeiten bei der bisherigen 47stündigen Arbeitszeit verbleiben soll. Gleich scharfe Kämpfe wie um die Arbeitszeit entbrannen auch um den Arbeitslohn. Bei Abschluß des Tarifes erhalten ab 1. Juni 1921 eine wöchentliche Teuerungszulage: Gehilfen unter 24 Jahren 10 Mk., über 24 Jahren 15 Mk. Die Wochenlohn für Lehrlinge wurden wie folgt festgesetzt: im 1. Lehrjahre 20 Mk., im 2. 30 Mk., im 3. 45 Mk. und im 4. 60 Mk. Laut Statut unterliegt das Ergebnis dieser Verhandlungen der Urabstimmung der in den Berufen be-

schäftigten. Erst die Abstimmung wird ergeben, ob ein neuer Tarif auf der Grundlage des Verhandlungsergebnisses abgeschlossen werden soll.

### Professorenversammlung der Bäcker und Konditoren in Leipzig.

In einer gutbesuchten Versammlung waren die Leipziger Bäcker und Konditorengehilfen dem Rufe des Zentralverbandes gefolgt, um Stellung zu nehmen gegen die Wiedereinführung der Nacht- und Sonntagsarbeit im Gewerbe. Kollege Wille referierte: Erklärend mehrten sich auch in Leipzig die Uebertretungen der Verordnungen, keine Woche vergeht, wo nicht gewissenlose Bäcker und Konditorenmeister ertrappt werden. Krampfhaft Anstrengungen machen die Arbeitgeber, die Sonntagsarbeit zu erreichen. Redner forderte auf, sofort an die Arbeit zu gehen, jeden Jostbreit zu verteidigen. Das sei zu erreichen, wenn in Leipzig jeder Kollege dafür Sorge trägt, daß ein Unorganistierter nicht mehr vorhanden ist, der starke Versammlungsbesuch und der sächsische Beisatz geben uns die Gewähr, daß die Leipziger Kollegen nicht gewillt sind, ihre Lebenslage sich verschlechtern zu lassen.

Kollege Drose erstattete den Bericht von der letzten Verhandlung mit der Bäckerinnung. Er kritisierte das Verhalten der Arbeitgeber, das dazu führte, daß in Leipzig ein gelber Tarif mit 60 Mk. Lohnabbau besteht.

Der Bäckerinnung sind die Maßnahmen des Verbandes in die Glieder gefahren, bitter beschwerten sich die Herren über den Verband, der 67000 Mk. rückständige Gehilfenlöhne ausgezahlt hat, die die Bäckermeister in ihren Taschen hätten, wenn der Verband nicht wäre. Obermeister Wuttke behaupte es sehr, daß die Meister die Summen gezahlt hätten. Heute gebe es nichts mehr, und das sagt der Obermeister einer Innung, der Frieden haben will im Gewerbe. Die Verhandlungen sind nach 2 1/2 Stunden gescheitert, da uns die Bäckerinnung zumute, den gelben Tarif zu unterzeichnen, diesen Berrat können wir nicht mitmachen und haben das Ansehen mit Empörung zurückgewiesen, der Schlichtungsausschuß wird sich nochmals mit unserem Tarif beschäftigen. Die rege Aussprache hat bewiesen, daß die Organisation den richtigen Weg geht.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die am 20. Mai 1921 tagende öffentliche Bäcker- und Konditorenversammlung erhebt klammern Protest gegen die systematischen Uebertretungen der Verordnung vom 23. November 1918 über Sonntags- und Nachtarbeit im Bäcker- und Konditorgewerbe. Diese vielen Uebertretungen sind eine natürliche Erscheinung, die darauf zurückzuführen ist, daß die natürlichen lächerlich geringe Geldstrafen für diese Gesetzesverstöße auswerfen, die im Handumdrehen wieder verdient sind. Kein Wunder, daß sich die Arbeitgeber den Gefellenkontrollleuten gegenüber noch drücken, wenn sie bei Uebertretungen überführt werden. Die Versammelten richten an die Behörden das dringende Ersuchen, bei künftigen Uebertretungen nicht so zimperlich vorzugehen, sondern von den Höchststrafen, die im Gesetz vorgegeben sind, Gebrauch zu machen. Eine hohe Strafe ist schon deshalb notwendig, weil in fast allen Fällen aus schmöder Gewinnlucht bei Uebertretungen gehandelt wird. Die Wiedereinführung der Nacht- und Sonntagsarbeit muß als Kulturshande bezeichnet werden, die uns leider Jahrhunderte lang anhaftete, dann aber glücklicherweise von sozial denkenden Männern beseitigt worden ist. Die Versammelten erwarten von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie auf keinen Fall ihre Hand dazu bieten, auch nur ein Jota von der Verordnung vom 23. November 1918 abzulassen aus Liebe zu einer Handvoll gemütsüchtiger Arbeitgeber. Die Versammelten geloben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß die Kulturshande Sonntags- und Nachtarbeit für immer beseitigt bleibt.

Die Lohndifferenzen in dem Baugehäft von August Hasertorn, Paunsdorf, sind beigelegt. Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Zum Lohnkampf in der Metallindustrie wird gemeldet, daß die Arbeiter dreier weiterer Unternehmungen, darunter der Goldhütte, sich dem Streik angeschlossen haben. Die Zahl der Streikenden wird gegenwärtig auf 30000 geschätzt.

Zum Seemannsstreik in Antwerpen. Der Seemannsbund, der in Antwerpen streikt, hat beschlossen, den Vorschlag des Eisenbahn- und Marineministeriums anzunehmen. Der Konflikt soll endgültig durch ein Schiedsgericht geregelt werden.

Der Hafen von Buenos Aires freigegeben. Nach einem Kabeltelegramm der Chicago Tribune aus New York ist der Hafen von Buenos Aires, der infolge des Sontotts des Hafenarbeiterverbandes geschlossen war, wieder eröffnet worden; die Leute setzen zur Arbeit zurückgekehrt.

## Briefkasten.

Unfallrente Nr. 71. Eine solche Abfindung ist nicht zulässig. F. B. Wir hatten die Gebühr für unzulässig. Beschwerden Sie sich beim Rat der Stadt Leipzig. 2 Mk. Parteikasse.

M. B. 1. Eine Altersgrenze besteht nicht. 2. Es müssen die Kenntnisse nachgewiesen werden, die der Schüler der ersten Klasse einer Oberschule oder eines Gymnasiums hat. 3. Nein! 4. An die Universitätsk. 2 Mk. Parteikasse.

D. F. 100. Sie können nicht strafrechtlich verfolgt werden. Die Ehe müßte wegen Ihres Verhältnisses geschieden sein, und dann müßte ein Antrag vorliegen. Ehebruch wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

S. B. 100. Darüber entscheidet lediglich das Miteinigungsamt. Im allgemeinen 45—60 Prozent.

diesem Anblick ab. Ihr Essengeruch erfüllt den ganzen Raum; die Fenster auf! Ich werde mich an einen Herrn, der neben mir sitzt, und stelle ihm einbringlich diesen Uebelstand mit den Kuchenweibern hier und den Kuchenweibern da vor... Nicht? Nun aber Sie werden doch wohl zugeben, daß... Aber der gute Mann witterte Unrat und ließ mich nicht einmal zu Ende reden, sondern erhob sich und ging. Auch ich stand auf und folgte ihm, fest entschlossen, dem Manne seinen Irrtum zu beweisen.

„Sogar aus Rücksicht auf die sanitären Verhältnisse“, sagte ich und klopte ihm auf die Schulter.

„Entschuldigen Sie, ich bin hier fremd und weiß nichts von den sanitären Verhältnissen“, sagte er und starrte mich anseht an.

Das verändert aber allerdings die Sache, — wenn er fremd sei... Ob ich ihm vielleicht irgendwie dienen könne? Ihn unzuführer? Nicht? Es würde mir sonst ein Vergnügen sein und solle ihm nichts kosten.

Aber der Mann wollte mich absolut los werden und ließ schnell über die Straße auf das andere Trottoir.

(Fortsetzung folgt.)

## Kleine Chronik.

### Ein Natur- und Sportfilm.

Zu welcher herrlichen Leistungen die Lichtbühne fähig ist, welche wahrhaftige Kulturarbeit sie verrichten kann, wenn sie eben mehr anstreben darf als Befriedigung aufgeschalteter Sensationsgier, um jeden Preis, das zeigt der Film „Das Wunder des Schneefalls“, der von Freitag an in der Albertstraße des Reginalpalastes zu sehen ist. Er bietet nichts als Naturbilder und Sportleistungen, nichts von erlogenen Sentimentalitäten und Detektivromantik. Kein Filmdrama spielt sich ab. Aber dafür wird uns die Natur in ihrer Erhabenheit und ihren Schauern und der Mensch im Kampf mit ihren Gefahren, als Sieger über die Schrecken des Winters im Hochgebirge, als Eroberer der Herrlichkeit der Winterlandschaft permittelst des Schneeschuhs vorgeführt.

Dieser Kampf bietet gesündere Handlung und Spannung als das Monster-Filmdrama — er erhebt und belehrt. Und daß das Unterhaltungsbedürfnis dabei nicht zu kurz kommt, zeigt der außerordentlich starke Besuch, den die Vorführungen dieses Films in anderen Städten schon erzielt hat.

Deutsche und Tiroler Schneeschuhmeister und Hochalpinisten haben im Schwarzwald, in den bayerischen Alpen und Garmisch-Partenkirchen, in Tirol und im ewigen Schnee der Zugtrau, wo sie vier Monate lang in einer Berggrotte wohnten, im Zusammenwirken mit Filmschleutenden den Film geschaffen. Er beginnt mit einer Vorführung der Technik des Schneeschuhlaufs vom ersten Versuch des Anfängers bis zum verwegenen Sprung des Meisters. Dann folgte der Aufstieg ins Hochgebirge und die Talfahrt. Das ist alles.

Aber weit mehr, als je ein mit Mord und Totschlag angefülltes Filmdrama bieten kann. Denn dieser Film führt uns in die Pracht des Wintergebirges, in Regionen, die nur wenige Bergsteiger selbst zu sehen bekommen. Schönheiten werden da aufgetan, die den Stumpften paden müssen — Wundergebilde, die der Winter im Hochwald schafft, weite sonnenbelängte Schneefelder, gefährliche Gletscherbrüche und -spalten, sturmumrüllte Felsenriffe, Wälder in die Weite und Tiefe. Und in all dem verläuft ein Mensch, der auf den Brettern diese sonst unzugänglichen Höhen zu erklimmen weiß, der über die Hänge mit Eiskugelschwindigkeit gleitet und mit meisterhaften Wendungen und Sprüngen allen bedrohlichen Klippen und Schründen auszuweichen weiß. Wie ein fast unbegreifliches Wunder mutet die rasende Talfahrt an, die von der hohen sportlichen Kunst der Schneeschuhfahrer herbeites Zeugnis ablegt.

Dieser Film muß Liebe und Verständnis für Naturschönheit und sportliche Gewandtheit wecken. Muß dem Schneeschuhsport, einem der schönsten und gesündesten unter allen, Jünger und Jüngerinnen zuführen. Wir wünschen ihm recht viel Zuschauer.

Städtische Theater. Anregungen aus dem Publikum folgend, die sich mit den eigenen Anschauungen der Opernteilung deuten, hat letztere sich an Meister Buccini gewandt mit dem Vorschlag,

zur Erhöhung der Wirkung der drei Einakter die Reihenfolge zu ändern. Meister Buccini hat seine Zustimmung gegeben und die nächste Aufführung der drei Einakter am Freitag, dem 3. Juni, wird in folgender Reihenfolge stattfinden: Schwester Angelica, Gianni Schicchi, Der Mantel.

## Eingelaufene Schriften.

Martin Andersen Nexø: Die Leute auf Dangaard. Verlag von Albert Langen, München. Geh. 3.60 Mk., geb. 9 Mk.

Dr. Harry Schmidt, Altona, Allgemeinverständlich Einföhrung in die Grundgedanken der Einsteinschen Relativitätstheorie. Hammerich u. Lesser Verlag, Altona. Preis 3 Mk.

Julius Walter Brunau, Der Fünfstern. Roman aus dem Leben eines Suchenden. Hammerich u. Lesser Verlag, Altona. Geh. 14 Mk., geb. 18 Mk.

Dr. Walter Schönbrunn, Erziehung zum kritischen Denken. Verlag Neues Vaterland, E. Berger u. Co., Berlin W. 62. Preis 4 Mk.

Herman Köstliche, Die deutsche Posenfreundschaft. Verlag Neues Vaterland, E. Berger u. Co., Berlin W. 62. Preis 7 Mark.

Worte von Friedrich Wilhelm Förster. Gesammelt und herausgegeben von H. Feine. Ferdinand Dümmlers Verlagshandlung Berlin SW. 68, Schützenstr. 29/30.

Die neuen Steuern. Ein Leitfaden für die Praxis, bearbeitet von Dr. L. Stahl. Frankfurter Sozialists-Druckerei, Verlagsabteilung, Frankfurt a. M. Preis 3.30 Mk.

Das Inselbuch. Eine zweimonatliche Schrift für die Freunde des Insel-Verlags. 4. Heft, 2. Jahrg. Insel-Verlag, Leipzig. Preis des einzelnen Heftes 2.50 Mk.

Emil Bau und Max Beech, Jedem sparsamen Arbeiter sein eigenes Heim. Heimkulturverlag G. m. b. H., Wiesbaden. Theodor Henrich, Demokratie und Selbstverwaltung. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin. Preis 2.50 Mk.







Notenwechsel über Oberschlesien.

Die französische Note vom 19. Mai über die Bildung der Freiwilligenformationen für Oberschlesien wird jetzt veröffentlicht. Sie lautet:

Herr Reichskanzler!

Eure Exzellenz haben mir gestern von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die das Reichswaffenministerium getroffen hat, um die Bildung von Freikorps zu verhindern und die das Reichsverkehrsministerium verfügt hat, um jegliche Beförderung von Freiwilligen und Waffen nach Oberschlesien zu untersagen.

Nach den mir zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Eindringen bedeutender bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberschlesien zu verhindern. Die in der Gegend von Kreuzburg unter dem Befehl von Arnim vereinigten Freikorps sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Anwesenheit der Freikorps von Kusok bei Oppeln und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Katißor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen.

Die erste Maßnahme, die diese Lage gebietet, ist die strenge Abschließung der Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstimmungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen an sie gerichteten Aufforderung entsprochen.

In zweiter Linie wäre ich Eurem Exzellenz dankbar, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der internationalen Kommission die Aufgabe der Lebensmittelversorgung zu erleichtern.

Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank aufgefordert wird, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu entsenden. Nach den Angaben, welche die Legationsräte Richard Meyer und v. Nolcke gestern Abend dieser Volkschaft gemacht haben, soll diese Sendung an die zweisechse Bedingung geknüpft sein, daß die Kommission die petuniäre Verantwortung für die Bewerksstellung ihrerseits übernimmt, und daß die Zahlungen auf gewisse Beträge beschränkt werden, die nach Ansicht der deutschen Vertreter der Kontrolle der Insurgenten entzogen sind. Dieser Anspruch ist mit dem Buchstaben und Geist des Vertrags unvereinbar, wonach die Regierungskommission als Vertreterin der alliierten Mächte die ausschließliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung trägt. Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung gehalten, sich auf die Kommission zu verlassen, die Beförderung und Verteilung der Fonds nach ihrem Ermessen sicherzustellen. Würden die verfallenen Löhne weiterhin zurückgehalten werden, so würde sie sich schwerlich dem Vorwurf entziehen können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, die die Kommission zu unterstützen bemüht ist.

Indem ich im Auftrage meiner Regierung die Aufmerksamkeit Eurem Exzellenz auf diese verschiedenen Punkte lenke, zweifle ich nicht, daß Sie diese in dem verständlichen Geiste prüfen werden, von dem Ihre Politik getragen ist und mit dem Wunsch dazu beizutragen, daß ein Herd von Unruhen ausgehört wird, der für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Am 23. Mai ist dem französischen Botschafter die deutsche Antwortnote zugestellt worden, deren wichtigste Stellen im folgenden wiedergegeben sind:

Eure Exzellenz haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ersahen, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Uebertritt von nicht besetzten deutschen in das besetzte Gebiet nicht duldet.

Etwas ganz anders ist der Selbstschutz, den die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesen aus dem Zusammenschluß

der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der internationalen Kommission untersteht, hat die Deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die Deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisungen erteilt, daß die zur Ueberwachung der Grenzlinie des besetzten Gebiets auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane wesentlich verstärkt werden.

Eure Exzellenz erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre, festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung vielleicht ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich völlig offen steht, und tagtäglich der Uebertritt von polnischen Soldaten, sowie der Nachschub von Munition und Materialen jeder Art für die Insurgenten erfolgt. Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat:

In dem noch im Machtbereich der internationalen Kommission befindlichen Kreise Kreuzburg haben in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Kostaun angegriffen. Auch hier mußte der anwesende örtliche Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher ober-schlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte nur unter blutigen Verlusten abgelenkt werden, nachdem die eingedrungenen Polen im Dorfe Kostaun ein Gehöft in Brand gesetzt hatten.

In Uebereinstimmung mit Eurem Exzellenz stelle ich mit Befriedigung fest, daß die internationalisierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien allein verantwortlich ist. Die Anarchie, von der in der Note die Rede ist, und die seit drei Wochen in Oberschlesien herrscht, steht allerdings zur Zeit in schärfstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der internationalisierten Kommission die Verwaltung des blühenden Landes im Februar vorigen Jahres übernommen hat. Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit, denn es handelt sich gar nicht um einen Zustand wirtschaftlichen, sondern einzig und allein um einen solchen politischen Charakters. Der polnische Aufstand bezweckt, unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrags und unter Verhöhnung jeden moralischen Rechtsempfindens die Vergewaltigung des ober-schlesischen Volkes. Die Leiden, die die unglücklichen Bewohner von den mit grausamstem Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich.

Die Note erwähnt dann einige besonders traurige Fälle von Mißhandlungen, Ermordung und Verschleppung deutscher Einwohner und fährt dann fort:

Die Deutsche Regierung ist ständig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbefriedigende Lage der ober-schlesischen Bevölkerung zu lindern. Sie ist in Uebereinstimmung mit Eurem Exzellenz grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise auch durch Lebensmittel und Geldsendungen die Lage zu erleichtern. Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Gelder oder Lebensmittel tatsächlich in die Hände der wirklich Empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen. Der Präsident der internationalisierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Machtbefugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen.

Am Schluß der Note heißt es:

Die Deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der internationalisierten Kommission gelingen wird, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wieder herzustellen und die Bevölkerung von dem Joch der polnischen Insurgenten zu befreien.

Das Urteil gegen Hennen.

Zu Beginn der Verhandlungen erklärt Hennen, daß er und die Mannschaften überzeugt waren, von der Waffe Gebrauch machen zu können. Er habe nicht extra Befehl dazu gegeben.

Amerikanische Ärzte haben, wie Sanitätsrat Kraus bezeugt, sich über die Unterbringung lobend ausgesprochen.

Die Wädoyers.

Oberreichsanwalt Ebermeyer will in seinem Wädoyer alle politischen Erwägungen ausschalten und nur den streng rechtlichen Standpunkt einnehmen. Er weist darauf hin, daß der Angeklagte auf strengste Disziplin halten mußte, daß aber seine eigenen Kameraden sein Vorgehen als roh und brutal bezeichnen haben. Es stand ihm auch, selbst wenn er Meuterei annahm, kein Recht zu, so vorzugehen, wie er tat.

Es war nicht erlaubt, den bloß passiven Widerstand mit dem Kolben niederzuschlagen. Der Angeklagte hat sich nie „in äußerster Not und dringender Gefahr“ befunden. Der Widerstand gegen die befohlene Arbeit war aber nicht berechtigt. Die Gefangenen hätten den Befehl befolgen müssen und konnten sich nachträglich beschweren. Man kann ihr Verhalten wohl als Meuterei bezeichnen, es war aber nicht derart, daß man mit Waffengewalt vorgehen durfte. Er hält die Mißhandlungen in vielen Fällen für erwiesene, ebenso die Beleidigungen. Der Fall Croß (selbst) weist sich die Vorgänge unter der Dusche nicht haben genau feststellen lassen.

Er bittet, wenn keine fortgesetzte Handlung angenommen wird um Verstrafung wegen Vergehens in 11 Fällen und beantragt eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis.

Rechtsanwalt Cüppers-Düsseldorf, ein sehr guter Redner, macht eine rednerische Verbeugung vor dem Reichsgericht. „Dieser Fundstätte edelster Rechtskultur“, hält eine einheitliche fortgesetzte Handlung für vorliegend und schließt den Angeklagten als einen „mühtätigen pflichtgetreuen Soldaten, der auf Grund der Wädoyerschriften und der Kriegsarbeiten so vorgehen mußte. Der innere Grund für die Mißhandlungen ist nicht die Lust am Quälen, sondern das Pflichtgefühl des Angeklagten, das ihn die Ordnung aufrechterhalten ließ. Seine Taten seien mit äußerster Mühe zu beurteilen. Er sei nicht mit Gefängnis, sondern höchstens mit Festungshaft zu bestrafen.“

Rechtsanwalt v. Föster-Groß-Vichtersfelde führt Fälle von Mißhandlungen deutscher Gefangener in feindlichen Lagern an und sucht die Aussagen der englischen Zeugen zu entkräften und als objektiv ungläubwürdig darzustellen. Er persönlich hätte am zweiten Tage irrtümlich eine Salve abgeben lassen und hätte es wohl zu verantworten gewußt!

Rechtsanwalt Dr. Dillenberger-Leipzig behauptet, daß die in der Liste der Kriegsverbrecher angegebenen schweren Verbrechen als nicht geschehen nachgewiesen wurden. Diese Behauptungen gehören nach ihm in das Gebiet der Legende, in das Gebiet der Geschichtsfälschung.

Der Präsident weist darauf hin, daß die Anführung von Mißhandlungen in fremden Ländern nicht zulässig sei, da sie nicht Gegenstand der Beweisführung seien.

Der Angeklagte ersucht um einen gerechten Urteilspruch.

Das Urteil.

Am Donnerstagsfrüh wurde das Urteil verkündet, das auf 10 Monate Gefängnis

wegen Gefangenemißhandlung in 15 Fällen, wegen Beleidigung in 3 Fällen und wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in 3 Fällen lautet. In allen übrigen Fällen erfolgte Freisprechung. Die Untersuchungshaft wird auf die Strafe angerechnet.

Mittheilung Bekanntmachungen.

Allgem. Ortskrankenkasse Grimma-Land.

Die Wahlzeit der beiden Ämterkreise läuft in diesem Jahre ab. Es sind deshalb Neuwahlen vorzunehmen. Die Wahl des Ausschusses findet Sonntag, den 10. Juli 1921, von vorn. 10 Uhr bis nachm. 2 Uhr statt.

- Wahlstellen sind: 1. Der Garkhof „Goldener Löwe“ zu Grimma, für den ehemaligen Bezirk der Zahlstelle Grimma. 2. Der „Ratskeller“ zu Rauhof, für den ehemaligen Bezirk der Zahlstelle Rauhof. 3. Der Garkhof „Wettiner Hof“ zu Colbitz, für den ehemaligen Bezirk der Zahlstelle Colbitz. Zu wählen sind: 10 Vertreter der Arbeitgeber und 20 Ersatzmänner, sowie 20 Vertreter der Versicherten und 40 Ersatzmänner.

Die Stimmabgabe ist an die eingereichten Wahlvorschläge gebunden. Die Wahlzeit dauert 4 Jahre.

Baugenossenschaft S.-Lindenau e. G.

Table with columns: Soll, Gewinn- und Verlustkonto 1920, Haben, Verlust-Vortrag, Mieteertrag, Zinsen, Unkosten, Gebäude-Unterh., Hypothekenzinsen, Darlehenszinsen, Bilanzkonto, Rente, Grundstück, Gebäude, Verlust.

Mitgliederbestand am 1. Januar 1920: 405 mit 427 Anteilen; eingetr. 1 mit 1 Anteil, ausgetr. 3 mit 3 Anteilen; Zahl der Mitglieder 403 mit 425 Geschäftsanteilen. Das Guthaben der Mitglieder erhöhte sich um 8425 Mk. Die Passivsumme ist dieselbe geblieben wie im Vorjahr, und zwar 21500 Mk.

Der Vorstand: Julius Saubert, vereid. Bilanzrevisor, Leipzig. Vorstehende Vermögensübersicht und das Gewinn- und Verlustkonto stimmen mit den mir vorgelegten, ordnungsgemäß geführten und von mir geprüften Geschäftsbüchern überein.

Markthalle Stand 135

- la Margarine (Seld-Scheudt) 7.50
la Corned beef 7.00
la Reis 2.30
la Schweineschmalz beste Qual., Pfd. 9.90

Billige Lebensmittel

- Schweineschmalz beste Qualität Pfd. 9.80
Speck fett hochrein im Geschnitt Pfd. 11.00
Backfett 9.00 Koks fett in Tafeln 10.50
Corned beef 1 1/2 Pfd. Dose 10.50 Pfd. 7.50
In Speck geräuchert Pfd. von 10.00 an
In Schwarzöl 1.00 Schinkenspeck 12.00
Rindfleisch im eign. Saft 2 Pfd. Dose 7.80 18.50
R. Blut- und Leberwurst 2 Pfd. Dose 4.80
Kondensierte Milch mit Süder Dose nur 4.30
Abendroths Felzentrale Volksmarsdorf Rabet 52 Tel. 4328

Achtung! Fleischereröffnung Achtung!

Der geehrten Einwohnerschaft von Leutzsch und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich am Freitag, dem 27. Mai in obigem Grundstück eine Fleischereröffnung und Metz bemüht sein werde, meiner Rundschau gute, billige Ware zu liefern.

- Schweinefleisch Pfd. 15.-
Rindfleisch 12.-
Kalbfleisch 10.-
Gehacktes 10.-
Blut- u. Leberw. Pfd. 8.-
H. H. H. 11.-
aer. u. w. hoch 12.-
ausgecl. Tala 4.-

Prima Schweineschmalz 9.70

- Rindertalg, goldgelb 9.-
Speck, fett, nicht trantig 11.-
Schwarzfleisch aer. u. w., hoch 12.-
Schinkenspeck 12.-
Blut- u. Leberwurst, 2 Pfd. Dose 4.80
Schneider, Schönfeld, Stettiner Str. 36

Achtung, Hausfrau!

Verfunde ab Freitag und Sonnabend ein groß. Post. frisch geschlacht. fette Sammel-Dammfleisch Pfd. 9 Mk. Reulen Pfd. 10 Mk. Rindfleisch Pfd. 18 Mk. Tala Pfd. 5 bis 9 Mk. G. Scholmeyer, Filialhfr. Ecke Johannis- u. Sobol. 15.

- Rüden-Butter 2.15 1.50
Goldhirse 2.80
Hühner-Butter 1.50
Mais-Buttermehl 1.70 1.40
Mais-gerissen 1.80
Mais-gerollt 1.00 1.80
Knochenmark 1.40
Geflügelmark 35
Rohrflüchermehl 2.30
Zild-Mehl 1.10 1.80
Thüringer Baumohn 6.50
Preile bei 10 Pfd. im Str. bill.
Feist, Straßenbahn 1 u. 8.

Aquarien

Terrarien, Flora, Pflanzen, Holz- und Durchlaufungs-App., Fontänen etc. A. Glascher, Leipzig, Teusch Str. 20. Listen frei. Katalog 7 Broschüren 500 Abb. 8.- frko. Engros. Export.

Reichsverweiser

Großer Schattiger Garten, ar. Rinderpielplatz, 1500 Verf. fassender Saal für Vereine zu Sommerfesten sehr gut vall. Schöner Ausflug nach dem Reichsverweiser 2. Kleinschöder. Großer Schattiger Garten, ar. Rinderpielplatz, 1500 Verf. fassender Saal für Vereine zu Sommerfesten sehr gut vall.

In 14 Tagen wurde ich von einem 3-jährigen chronischen Hautausschlag

durch Gebrauch von Obermeyer's Mediamal-herba-Seele vollständig befreit, schreibt H. Keller in Rotterdam. herba-Seele zu haben in allen Apotheken, Droge- und Parf. Geschäften d. Herba-Seele-Vertrieb: Jullus-Giemath 30/1, Germania 20/1, Wernica 18/1, Salsola 18/1.

Billig kaufen Sie Röcke und Blusen

modern. Form., gute Stoffe P. Schmitz Nachf. Nikolaistraße 5 36 Speck-Hol-Passage, Laden 36



# Wirtschaftliche Wochenchau.

## Neue Wege!

Das Londoner Ultimatum, das die finanziellen Verpflichtungen, die Deutschland mit der Unterzeichnung des Gewaltfriedens von Versailles auf sich genommen hat, für die nächsten Jahre genau fixiert, ist angenommen worden. Die Regierung, die zum Zwecke der Annahme des Ultimatus neu gebildet wurde hat damit die Verantwortung dafür auf sich genommen, die zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen erforderlichen Erträge aus dem deutschen Wirtschaftskörper herauszuwirtschaften. Wird ihr das gelingen? Ist einer Regierung, in der die Vertreter der kapitalistischen und der kapitalistisch gesinnten agrarischen Schichten den Ton angeben und einige pseudosozialistische Minister nur die Staffage bilden, nach den üblichen Erfahrungen, die wir schon einmal mit einer solchen Regierung gemacht haben, die Fähigkeit und der Wille zuzutrauen, eine Aufgabe zu lösen, die so gewaltig ist, daß sie den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sprengen muß? Daß letzten Endes kein anderer Weg zur Erfüllung unserer Verpflichtungen übrigbleibt als der über die kapitalistische Wirtschaft hinausgehende, wird klar werden, wenn wir uns die Größe der Aufgabe und die Möglichkeiten ihrer Lösung vor Augen führen.

Die ganze Schwere des Problems, das auf der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke lastet, kann erst erfaßt werden, wenn man es in die zwei Komponenten, aus denen es besteht, zerlegt. Die eine ist die Frage, wie die Volkswirtschaft die Lasten, die ihr mit der Ablieferung von drei bis vier Goldmilliarden jährlich erwachsen, tragen kann, während die zweite das Problem zum Inhalt hat, wie der Staat diese Lasten aus der Volkswirtschaft herauszuziehen vermag.

### Die Belastung der Volkswirtschaft. Bezahlung durch Vermögensubstanz.

Für die Volkswirtschaft gibt es nur zwei Wege, die Lasten der Wiedergutmachung zu tragen: es kann erstens die sogenannte Substanz der Volkswirtschaft oder das Volksvermögen angegriffen werden. Das ist bereits zum Teil geschehen und wird noch weiter geschehen müssen, um in der Bezahlung der ersten Rate unserer Zahlungsverpflichtungen, die wir noch nicht aus den Ueberschüssen unserer Wirtschaft werden vornehmen können, nicht kämlich zu werden. Bekanntlich hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt, 150 Millionen Goldmark sofort und weitere 850 in Schatzwechseln, die innerhalb drei Monaten fällig werden, zu zahlen. Die 150 Millionen sind mit ausländischen Devisen, die als Bestand unseres Volksvermögens anzusehen sind, bezahlt worden, die übrigen 850 Millionen werden mit den ausländischen Wertpapieren, die sich noch in deutschem Besitz befinden, und mit den Beständen an Gold, Silber und Juwelen, die in den Händen Privater aufgehäuft sind, bezahlt werden müssen. Die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz, die der neuen Regierung nahesteht, hat in einem zweifellos inspirierten Artikel bereits auf die Notwendigkeit hingewiesen, diese Bestände des Volksvermögens zu beschlagnahmen und zu enteignen — natürlich, wie es sich bei einer bürgerlichen Regierung versteht, gegen Entschädigung. Aber die Grenzen dieser Zahlungsmethode sind sehr eng. Sobald man über sie hinausgeht und die eigentlichen Bestände des Volksvermögens, die Produktionsmittel, entäußert, greift man die Produktionskraft der Volkswirtschaft selbst an und entzieht ihr immer mehr die Möglichkeit, Ueberschüsse herauszuwirtschaften.

### Bezahlung durch Produktionsüberschüsse.

Auf die Dauer ist daher nur der zweite Weg möglich: aus der Volkswirtschaft soviel Ueberschüsse herauszuwirtschaften, daß über die Befriedigung der Lebens- und Importbedürfnisse der Bevölkerung hinaus Wirtschaftsgüter im Werte der geforderten Goldmilliarden abgeliefert werden können. Die französischen und englischen Großindustriellen haben sich vergebens dagegen zur Wehr gesetzt, daß wir, um unsere Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, ihre Länder mit Waren überschwemmen. Die wirtschaftliche Notwendigkeit hat gesagt, die Bestimmungen des Friedensvertrags und des Londoner Ultimatus geben uns die Handhabe dazu. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrags haben wir Kohle, Farbstoffe und sonstige Materialien auszuführen, deren Wert uns auf Reparationskonto angerechnet wird, nach dem Londoner Ultimatum ist es uns gestattet, uns mit Lieferungen von Waren, Häusern usw. oder durch direkte Unternehmungen am Werke des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete zu beteiligen.

Wir werden bei dieser Art von Zahlung eines großen Vorteils teilhaftig werden, der bisher bei der Diskussion des Reparationsproblems zumeist berücksichtigt wurde. Er ist der Tatsache zu verdanken, daß der Wert des Goldes gegenüber der Vorkriegszeit ganz bedeutend, mindestens um ein Drittel, gesunken ist: um soviel sind nämlich im Durchschnitt die Weltmarktpreise der Waren, in Goldwährung berechnet, gestiegen. Die drei Goldmilliarden, die wir jährlich bezahlen müssen, entsprechen also, wenn wir sie in Waren abliefern, einem Vorkriegswerte von zwei Milliarden. Um diesen Betrag muß die Warenausfuhr über die Einfuhr gesteigert werden, wenn es uns gelingen soll, aus den Ueberschüssen der volkswirtschaftlichen Produktion die Wiedergutmachungslasten zu tragen. Das erste Erfordernis dazu ist eine gewaltige Steigerung der Produktion. Ist dazu aber die kapitalistische Wirtschaft, die aus Profitinteresse die Produktion lähmt, heute noch fähig?

### Die Belastung der Staatswirtschaft.

Aus welchen volkswirtschaftlichen Fonds auch immer die Wiedergutmachungsbeträge herausgezogen werden, sie werden auf jeden Fall voll und ganz zu Lasten der Staatskasse gehen. Wenn der Staat die ausländischen Devisen und Wertpapiere, sowie die Bestände an Edelmetall und Juwelen enteignet, so muß er die Besitzer dafür entschädigen. Ebenso muß er die Unternehmer, die Kohle, Farbstoffe und sonstige Materialien liefern, entschädigen und schließlich ist anzunehmen, daß er auch den Exporteuren die 26prozentige Ausfuhrabgabe zunächst zurückzuerstatten wird, um die Belastung des Außenhandels nach ändern, mehr individualisierenden Grundsätzen vorzunehmen. Alles in allem also wird der Staat

es sein, der die drei bis vier Goldmilliarden jährlich aus seinen Taschen wird bezahlen müssen. Wie wird er sie bezahlen können?

### Der Ertrag der bisherigen Steuergesetzgebung.

Daß es nicht möglich sein wird, auf der Grundlage des heutigen Steuerrechts die Wiedergutmachungsbeträge herauszuwirtschaften, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Zwar hat das Erbschaftsteuergesetz trotz seiner kläglichen Anzulänglichkeiten und der Vermäßerungen, die es im Laufe der Zeit erfahren hat, in dem einen Jahre seines Bestandes verhältnismäßig gute Erfolge gezeitigt, die es aber nicht seiner eignen Güte, sondern der inzwischen eingetretenen Geldentwertung verdankt. Der Rechnungsausschuss für das Steuerjahr 1920 (vom 1. April 1920 bis 31. März 1921) legt bereits vor. Nach ihm sind in dieser Zeit an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben insgesamt 46,1 Milliarden Mark eingegangen, ein Betrag, der den ursprünglich im Haushaltsplan für 1920 angelegten Voranschlag um 8 Milliarden übersteigt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der gewaltige Mehrertrag, den das Reichsanopfer allein gegenüber dem Voranschlag erbracht hat (9336 gegenüber 3500 Millionen Mark), nur ein scheinbarer ist. Er besteht zumeist aus Vorauszahlungen, die geleistet wurden, um der Vorteile, die aus der vorzeitigen Einzahlung erwachsen (Annahme von Kriegausleihe an Zahlungsform), teilhaftig zu werden. Soweit das Geschehen ist, ist auch der Ertrag des Reichsanopfers ein fiktiver, da er nur aus Kriegausleihe, nicht aus barem Geld besteht. Andererseits aber ist zu berücksichtigen, daß die Abschlußzahlen nur vorläufige sind und sich noch um einige Milliarden erhöhen werden, wenn die Veranlagung einer Reihe von Steuern, die noch sehr im Rückstande ist — z. B. der Einkommensteuer, der Kapitalertragsteuer, der Körperschafts- und der Erbschaftsteuer — beendet sein wird.

Was bedeutet aber ein Steuerertrag von fünfzig Milliarden gegenüber den gewaltigen Ausgaben, die auf der Reichskasse lasten? Man darf eben nicht vergessen, daß dieselbe Geldentwertung, die die Einnahmen des Staates scheinbar in die Höhe getrieben hat, auch in einer mindestens gleich großen Steigerung seiner Ausgaben zum Vorschein kommt. Der Einnahmehüberschuss gegenüber dem Voranschlag wird gerade dazu reichen, um das für den Haushaltsplan des Jahres 1920 veranschlagte Defizit von 88,8 Milliarden um 10—12 Milliarden zu verringern. Wie aber soll der Rest des Defizits gedeckt werden? Und wie das Defizit des laufenden Haushaltsjahres, das bereits im Voranschlag auf 30 Milliarden festgesetzt ist? Zu diesen Defiziten muß man noch die aus der Annahme des Ultimatus entspringenden Zahlungsverpflichtungen des Reiches von jährlich 40 bis 50 Papiermilliarden (wenn wir die augenblickliche Entwertung unser Papiermark zugrunde legen) dazu schlagen, um den ganzen Jammer unserer staatlichen Finanzwirtschaft und die Schwere der Probleme, die sich vor ihr aufdrängen, zu erkennen.

### Neue Steuern.

#### Direkte oder indirekte Steuern?

In den verschiedenen Bureaus des Reichskabinetts wird seit der Annahme des Ultimatus sieberhaft daran gearbeitet, Mittel und Wege ausfindig zu machen, die uns aus dem drohenden Debakel der Finanzwirtschaft herauszuführen sollen. Ebenso sieberhaft arbeitet die bürgerliche Presse darauf hin, die Entscheidungen der Regierung über das neue Finanzprogramm in dem Sinne zu beeinflussen, daß die Hauptlast der neuen Steuern wie gewöhnlich auf die Schultern der arbeitenden Massen gewälzt wird. In allen Steuerprojekten, die in der bürgerlichen Presse auftauchen, und in allen Auslassungen über die Steuerpläne der Reichsregierung, die sich als offiziös ausgeben, wird die Erhöhung der indirekten Steuerbelastung in den Vordergrund gerückt. Wie oft es an dieser Stelle auch schon betont wurde, es kann nicht oft genug betont werden, daß eine Erhöhung der indirekten Steuern einerseits volkswirtschaftlich sinnlos ist, da sie eben dieselben geldwertenden Wirkungen hat, wie die Vermehrung des Banknotenumlaufes, die durch sie verhindert werden soll, und andererseits von der Arbeiterschaft als im höchsten Maße unsozial abgelehnt werden muß, da sie die schwächsten Schultern genau so stark belastet, wie die stärksten. Nun ist aber angesichts des furchtbaren Tiefstands der Reallohne eine stärkere Belastung der Arbeiterschaft ein Angriff auf ihre vitalsten Lebensinteressen, den keine Partei, die Arbeiter in ihren Reihen zählt, verantworten darf.

Daß die Steuerkraft der Arbeiterschaft heute schon bis auf äußerste angespannt ist, ist unbestreitbar. Aber wie steht es mit der Steuerbelastung der Kapitalisten? Ist sie schon an der Grenze angelangt und keiner Steigerung mehr fähig? Dagegen sprechen nicht nur die immer noch und nachgerade schon ins Phantastische sich steigenden Gewinne fast aller industriellen Unternehmungen, dagegen spricht auch die Tatsache, daß die mit allen Hundebekleideten Kapitalisten nach der bestehenden Steuergesetzgebung Mittel und Wege genug finden, um sich ihrer „patriotischen Pflicht“ des Steuerzahlens zu entziehen. Mit einer Privolität ohne Gleichen wird diese Praxis vor den Augen der allzu geduldbigen Steuerbehörden gelibt. Nur ein Beispiel für viele: In einer großen schwerindustriellen Zeitung erschien kürzlich an leitender Stelle ein Artikel, der unter dem schamhaften Titel „Steuerersparnisse“ den Unternehmern frank und frei Ratschläge gibt, wie sie sich ihrer Steuerpflicht entziehen können. Es wird da ausführlich auseinandergesetzt, um wieviel besser Privatunternehmer davonkommen, wenn sie ihr Unternehmen in eine G. m. b. H. umwandeln. Der Leitartikel scheut sich nicht, auch auf die Fälle einzugehen, in denen die Umwandlung eine rein fiktive wäre, und beruhigt seine Leser über den Einwand, die Behörden könnten die Steuerumgehung durchschauen und dagegen vorgehen, damit, daß „der Behörde in der Praxis ein solcher Beweis kaum gelingen dürfte“.

Man kann sich nach diesem einen Beispiel, das natürlich in der Praxis schon längst befolgt wird, ungefähr vorstellen, wie lächerlich gering im Verhältnis zu den Gewinnen die Beträge sind, die tatsächlich von den kapitalistischen Unternehmern als Steuer abgeführt werden. Aber was die Industriekritiker können, das

können die schlauen Bauern mindestens ebensogut, wenn nicht viel besser. Wenn es ihnen, wie notorisch erwiesen ist, gelingt, den größten Teil ihrer Getreidernte vor dem Staatskommissar zu verbergen, warum sollte es ihnen dann nicht auch gelingen, die Schleichhandelsgewinne, die sie aus dem Verkauf des untergeschlagenen Getreides ziehen, vor der Steuerbehörde zu verbergen?

Für die in die Steuerpraxis Eingeweihten ist es ein offenes Geheimnis, daß die Finanzfrage für den Staat auch nach der Mehrbelastung durch die Reparationszahlungen zum größten Teil gelöst wäre, wenn es ihm gelänge, den Steuergesetzen Geltung zu verschaffen. Aber dazu gehört nicht nur eine Wandlung in der Steuerethik der „staatserkaltenden“ Kreise, der Kapitalisten und Agrarier, mit der natürlich kein nüchtern denkender Politiker rechnen kann, sondern auch eine gründliche Wandlung in der Praxis und Gesinnung der Beamtenschaft der Steuerbehörden, die heute nicht selten die Steuerabgabe der besitzenden Klassen stillschweigend oder offen dulden, ja ihr sogar Vorschub leisten. Aber diese beiden Kardinalfehler des heutigen Steuerrechts, die Steuerabgabe der Besitzenden und der Steuerbehörden, sind so tief in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verwurzelt, daß sie nur mit deren Aufhebung verschwinden können.

Wenn aber mit den Mitteln der heutigen Steuergesetzgebung nicht genügend Erträge aus den Ueberschüssen der kapitalistischen Unternehmung herausgezogen werden können, so muß nach neuen Wegen gesucht werden, um der Steuerlast der besitzenden Klassen zu begegnen. Und deren gibt es genug, selbst auf kapitalistischer Grundlage. Es brauchen z. B. nur die Vermäßerungen, die das Reichsanopfer und das Einkommensteuergesetz (abgesehen natürlich von den Erleichterungen, die den Lohnempfängern eingeräumt wurden) erfahren haben, wieder rückgängig gemacht zu werden, um einen großen Teil der neuen Steuererfordernisse zu decken. Weiterhin ist schon längst eine Erhöhung der Körperschaftsteuer fällig. Schon allein deshalb, um Steuerumgehungen, wie die im vorhin angeführten Artikel angedeuteten, unmöglich zu machen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Gewinne der Aktiengesellschaften usw., wenn sie auch noch so hoch sind, nur mit zehn Prozent besteuert werden, während die Einkommen von Privatpersonen bis sechzig Prozent versteuert werden. Wenn dabei die Ermäßigung maßgebend war, daß die Gewinne der Aktiengesellschaften ohnehin nochmals als Einkommen der Privatpersonen versteuert werden, so weiß man nur zu gut, wie es mit der Besteuerung der Privatpersonen in der Praxis aussieht. Wenn die Steuergesetzgebung sich den Arbeitern gegenüber so leichtfertigen Herzens entschloß, das englische Steuerprinzip — Erfassung des Einkommens an der Quelle — aufzugreifen, so muß von der Steuerbehörde gefordert werden, daß sie dasselbe Prinzip auch den Kapitalisten gegenüber anwendet und die Körperschaftsteuer, sowie die Kapitalertragsteuer, stark erhöht.

Und schließlich harzt noch eine letzte Einnahmequelle des Ausbaues: die Ausfuhrabgabe. Es ist bekannt, welch triviales Spiel die Exportindustrien und ihnen nachgebend der Staat mit der sogenannten sozialen Ausfuhrabgabe getrieben haben. Die Arbeiterparteien müssen darüber wachen, daß dieses Spiel nicht wiederholt, wenn die Frage zur Entscheidung kommen wird, wie der Aufwand des Reiches für die 26prozentige Ausfuhrabgabe hereingebracht werden soll. Sie dürfen von der Forderung nicht absehen, daß die Ausfuhrabgabe nicht von der Allgemeinheit getragen wird, sondern voll und ganz von den Exporteuren selbst, die ja durch die Marktagewinne reichlich dafür entschädigt werden. Die Ausfuhrabgabe darf nur insofern differenziert werden, als diejenigen Industrien, deren Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande dadurch unterbunden würde, von ihr weniger schwer betroffen werden, daß aber konkurrenzfähigere Industrien zum Ausgleich stärker herangezogen werden.

### Steigerung der Produktionskraft.

Letzten Endes aber nützen alle Steuerreformen nichts, wenn die Volkswirtschaft nicht kraftvoll genug ist, um die gewaltigen Ueberschüsse hervorzubringen, die auf dem Wege der Besteuerung aus der Verfügungsgewalt der Privatwirtschaft in die der Staatswirtschaft übergeleitet werden sollen. Von welcher Seite man das Problem auch anpackt, man kommt immer wieder zu dem Ergebnis, daß nur eine gewaltige Steigerung der Produktion uns aus dem durch den Sieg des Ententeimperialismus verstärkten Elend herausführen kann. Wie ist aber eine Steigerung der Produktion denkbar, wenn in der Volkswirtschaft noch immer das kapitalistische Profitstreben die erste Rolle spielt, wenn aus privatwirtschaftlichen Gründen ein Betrieb nach dem andern eingekesselt und die Organisierung der Produktion, die erste Voraussetzung zu ihrer Steigerung, unmöglich gemacht wird? Die kapitalistische Wirtschaft ist eben, da sie auf Schritt und Tritt auf die Profitstrahlen stößt, nicht mehr fähig, das Produktionsproblem, das heute zum Zentralproblem der Wirtschaft geworden ist, zu lösen.

Die wirtschaftliche Notwendigkeit wird sich, wenn nur die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sich entschlossen zu ihrem Träger macht, auch gegen den Willen und die Macht der bürgerlichen Klassen durchsetzen und mit elementarer Gewalt zur Umstellung der Wirtschaft drängen. Denn Organisierung, Intensivierung und Steigerung der Produktion haben heute die Ausschaltung des kapitalistischen Profitinteresses, die sozialistische Gemeinwirtschaft, zur notwendigen Voraussetzung.

### Der Wert der Mark.

Stabil auf erhöhter Grundlage.

Es kosteten in Berlin	Mark			
	1.7.14	20.5.21	23.5.21	25.5.21
1 amerikanischer Dollar	4.12	59.44	59.98	60.80
1 englischer Pfund Sterling	20.48	288.25	240.—	289.50
100 holländische Gulden	109.00	2147.85	2145.35	2137.85
100 schwedische Kronen	112.50	1411.05	1413.55	1411.05
100 schweizer Franken	81.00	1073.40	1080.90	1081.40
100 französische Franken	81.00	522.95	517.45	521.95
100 belgische Franken	81.00	521.95	516.95	523.45
100 italienische Lire	81.00	332.15	332.15	331.65
100 deutsch-österreich. Kronen	85.00	14.28	15.28	14.58
100 tschecho-slowakische Kronen	—	87.80	88.10	88.90
100 ungarische Kronen	—	25.47	27.37	26.97







**Öffentliche Kirchenaustrittsversammlung**  
 Freitag, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in den Reichshallen  
**Christentum oder Freidenkertum.**  
 Freie Aussprache.  
 Demonstrativen Massenbesuch aller konsequenter Profe-  
 sarien erwartet. Der Zentralverband prolet. Freidenker.

**Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege**

**Sonntag, den 29. Mai 1921 Reichs-Arbeitersporttag**

Sonntabend von nachm. 4 Uhr ab **Ausscheidungs-Kämpfe** auf dem Sportplatz Leutich.  
 Sonntag vorm. 7 Uhr **Staffellauf** quer durch die Stadt Leipzig. Start und Ziel: Meyplatz. Länge der Laufstrecke 30 Kilometer. Teilnehmer: Turner, Radfahrer, Fußballer, Schwimmer, Athleten, Sportler. Der Lauf berührt die Stadtteile: Gohlis, Eutritzsch, Schneefeld, Neustadt, Volkmarzdorf, Reudnitz, Johannisplatz, Augustusplatz, Hauptbahnhof, Rathaus, Feiliger Straße, Südtorstraße, Platonial, Schleibitz, Kleinmachwitzer, Plagwitz, Lindenau, Neuhof.  
 Vorm. 10 Uhr **Schwimmvorführungen** im Mittelland an der Sachsenbrücke. — **Konzert.**  
 Nachm. 1 Uhr **Sammeln der gesamten Verbände** auf d. Augustusplatz, anschließend **Demonstrationszug** nach dem Gemeindefestplatz Leutich am Bahnhof.  
 Von nachm. 1/4 Uhr an **turnerisch-sportliche Vorführungen** aller Verbände auf dem Sportplatz Leutich, sowie Kinderspiele und Konzert. Eintritt 2 Mk. Programme sind bei allen Arbeitervereinen sowie an der Kasse zu haben. Parteigenossen, Gewerkschaftscollegen sowie Freunde der Arbeiter-Sportbewegung, beteiligt sich zahlreich durch Massenbesuch.  
**Auf zum Reichs-Arbeitersporttag!**  
 Das Arbeiter-Sportkartell Leipzig.

**Turn-Vereine**

- L.-Eutritzsch.** Turnverein Vorwärts. Sonntabend, den 28. Mai, im Gohlischlöschchen, 16. **Stiftungsfest** bestehend in turnerischen Vorführungen und Tanz. Beginn 1/2 Uhr. Freundschaft ladet ein. Der Turnrat. Treffpunkt a. Reichs-Arbeitersporttag am 29. Mai 1/2 Uhr am Lindenhof.
- L.-Hild.** Turn- und Sportverein Vorwärts. (E. V.) Am Donnerstag, dem 28. Mai, abends 9 Uhr, **Sitzung** bei Teubert (Turnrat, Vorturner, Fest-Ausschuss).
- Freitag, den 27. Mai, **Sommerturnen** in der Turnhalle, Dederstraße, nachdem Gefelliges Beisammensein mit Tanz im Eistellerpark, H. Saal. Sonntag, 12 Uhr, **Abmarsch v. Kreuz. N. u. S. T.**
- L.-Thonberg.** Freie Turnerschaft S. B. M. Die Turnhalle ist fertig gestellt. Am Donnerstag und Freitag alles zum Turnen wegen Reichs-Arbeitersporttag.  
 Sonntag, den 29. Mai, **Treffpunkt sämtlicher Abteilungen** mittags 12 Uhr im Schulhof. D. T.
- L.-Plagwitz.** Turngemeinde. Dienstag, 31. Mai, abends 8 Uhr, **Vereinsversammlung** mit Vortrag im Gohlischlöschchen, Gartenkolonnade, Elisabeth-Allee.  
**Reichs-Arbeitersporttag!** Stellen aller Vereinsmitglieder: Turnerninnen und Turner mittags 1/2 Uhr, Schülerinnen und Schüler mitt. 1/2 Uhr auf dem Schulhof. Der Turnrat.
- Wiederitzsch.** Turn- und Sportverein. Freitag, den 27. Mai, **Außerordentliche Mitgliederversammlung** bei H. Bolke. Erscheinen eines jeden Mitgliedes wird gewünscht. D. T.
- Marxstadt.** 1. Reichs-Arbeitersporttag  
 Sonntag, den 29. Mai, auf dem städtischen Spielplatz, Biegelstraße, bestehend in turnerischen und sportlichen Auführungen, Instrumental- und Gesangs-konzert, Fuß- u. Radballspiele, Vorführungen der ersten Hilfsektion bei Unfallfällen. — Um 1 Uhr **Festzug** durch die Straßen der Stadt. Die Auführungen finden statt vormittags 7-1/2 Uhr, nachmittags 1-6 Uhr. Von 4 Uhr an **Ball** in allen 4 Sälen. **Allseitige Beteiligung** erwünscht. Die Festleitung.

**Arbeiter-Athleten-Bund**

**Athleten.** Anstellung zum Reichs-Arbeitersporttag in der Privatstraße am Georgtrina. Treffen mittags 12 Uhr. Es muß Pflicht sein, daß alle Athleten rektlos sich beteiligen, denn es gilt für die Arbeitersporttage sich einzulassen. Der Bezirksvorstand.

**Radfahrer-Bund Solidarität**

**Radfahrer.** Sonntag, den 29. Mai, Reichs-Arbeitersporttag. Zum Staffellauf treffen sich alle Abteilungen früh 6 Uhr Eutritzsch Markt, 5 Uhr Abfahrt von den Sammelstellen. Stellen zum Festzug mittags 1/2 Uhr am Mendebrunnen, Augustusplatz. Abfahrt von den Sammelstellen 1/2 Uhr. Die Saalmannschaften treffen sich gleichfalls zur angegebenen Zeit und Platz zur Korsofahrt. Der Sportauschuss.

**Verband Volksgeundheit**

**Wählung!** Die Mitglieder treffen sich Sonntag, den 29. Mai, mittags 1 Uhr, Augustusplatz — Hauptpost. Erscheinen aller ist Pflicht. D. V.



**Praktischer Damen-Haarfilzhut**

für Reise, Sport u. Straße

in allen modernen Farben

**48.<sup>00</sup> Mark**

Verkauf in der Pußabteilung im I. Stock

**ALTHOFF**

**Ganz besonders billige Preise!**

Hemdentuch, Ia Qualität, ca. 82 cm breit	9.50 Mk. per Meter
<b>Linon</b> zur Anfertigung ca. 82 cm breit	18.50 " " "
von Bettwäsche " 130 " "	24.50 " " "
<b>Bettzeuge</b> bunt " 80 " "	14.50 " " "
pr. Qualität " 130 " "	24.50 " " "
<b>Bett-Damast</b> und " 82 " "	27.50 " " "
Stangenleinen " 130 " "	38.50 " " "
<b>Inlett</b> rot und rotrosa " 82 " "	25.50 " " "
garantiert federdicht " 130 " "	37.50 " " "
<b>Bettbezug</b> , mit 2 Kissen, Hohlsaum u. bestickt	160.00 " " "
<b>Perkal</b> , waschecht, für Oberhemden u. Blusen	12.75 " " "
<b>Einsatzhemden</b> für Herren, mit Plüschsinsatz	32.50 " " "
<b>Manchester</b> , in verschiedenen Farben	48.00 " " "
<b>Herrenstoffe</b> , 140 cm breit, halb. Qualität	38.00 " " "
<b>Dirndl-Satins</b> , reizende Muster, 80 cm breit	16.50 " " "
<b>Schürzen</b> und Kleiderdrucks " von	11.75 " an "
<b>Damenhemden</b> , gute Ware, reich bestickt	27.50 " " "
<b>Betttücher</b> , Molton, 140 x 220 groß, weiß und grau, nur	27.50 Mk.

**Halb- und Reinleinen**  
**Hand-, Wisch- und Scheuertücher**  
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!  
**Neilbrunn & Co.**  
 Härtelstraße 25 LEIPZIG beim Peterststeinweg

**Alles rennt zu Odrich, Rabat 34**  
 Dort kaufen Sie gut und billig!

Schweineschmalz Ia Qualität	9.80	Schinken Ia	14.-
Speck Ia	11.-	Speck, Schinken und 10-13	8.50
Wadefett, sehr ergiebig	9.-	Tala	7.50
Corned beef	7.75	Paragarine zum bill. Preis	3.50
Pastaroni	7.-	Einlen Ia	3.50

Alle anderen Lebensmittel zum billigsten Preis.

**Familien-Nachrichten**

Die Geburt eines Sohnes zeigen hoch erfreut an  
 25. Mai  
**Kurt Wjomann u. Frau**  
 Waldstr. 13.

**U.S.P.D. Gross-Leipzig**  
**Schönefeld** Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus: **Öffentliche Versammlung.** Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Seger: Die proletarische Kampffront. Zahlreiche Besuch erwartet. Der Vorstand.  
**Kinderspiele** jeden Freitag 6 Uhr im alten Saalhof.  
**Liebertwoltwitz** Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr im Saalhof zum schwarzen Roß: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Gemeinderatsbericht, 2. Aussprache, 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.  
**Eutritzsch** Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im Gohlischlöschchen **Eutritzsch: Vortrag** des Genossen Alfred Kretschmer über: Aus der Geschichte der Arbeiter-Internationale. — Diskussion. — Vereinsangelegenheiten.

**Leipziger Mieterverein**  
 Sonntabend, den 4. Juni 1921, abends 7 Uhr, im Saale des Lehrervereinshauses, Kramerstr. 4.  
**Außerordentliche Haupt-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Verschmelzung mit dem Mieterverband, 4. Satzungsänderung, 5. Anträge.  
 Etwaige Anträge haben bis zum 1. Juni 1921 in der Geschäftsstelle, Markgrafenstraße 8, einzugehen.  
 Die Teilnahme an der Hauptversammlung ist nur Mitgliedern gestattet. Jedes Mitglied hat sich am Saaleingang unangefordert durch Mitgliedskarte auszuweisen.  
 Leipzig, den 26. Mai 1921.  
 Der Vorstand des Leipziger Mietervereins.

**Textilkrankenkasse**  
**Zahlstelle Lindenau**  
 Sonntabend, 28. Mai, abends 8 Uhr, in Stadt Altenburg:  
**Berufung**

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht und Bericht der Revisoren, 2. Wahl eines Delegierten zur Hauptversammlung, 3. Verkleidung.  
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Die Dreioberverwaltung.

**Seifenpulver „Erfil“** macht die Wäsche blendend weiss.  
**Überall erhältlich.**  
**Wilh. Zaspel Inh.: Rudolf Fiedler**  
 Leipzig-Eutr. — Seifenfabrik. — Fernspr. 13850.

**Familien-Nachrichten**

Am 24. Mai 1921 verschied nach schwerer Krankheit **Herr Sekretär Robert Fricke** im 47. Lebensjahre.  
 Der Verstorbene hat sich in einer über 23jährigen Tätigkeit als ein pfllichttreuer Beamter erwiesen. Sein Andenken wird jederseits in Ehren gehalten werden.  
 Leipzig, am 25. Mai 1921.  
 Der Vorstand Die Verwaltung der Allgemeinen Dreioberkassen für die Stadt Leipzig.  
 W. Fricke Liebau  
 Vorsitzender. Verwaltungsdirektor.

Am Mittwoch abend verstarb nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel  
**Ernst Emil Prinz**  
 L.-Stötteritz, Weißstr. 18, den 26. Mai 1921.  
 Die Hofrauernde Gattin nebst Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Sonntabend, den 28. Mai, mittags 12 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied gestern abend 5.30 Uhr unser lieber guter Vater, Schwiegervater, Großvater, der Malchinist der Fa. Baumtr. Verm. Sängers  
**Friedrich Wilhelm Karl Langrock**  
 L.-Lindenau, Säbnefstr. 26, II., den 25. Mai 1921.  
 In tiefer Trauer  
**Klara Langrock und Bräutigam**  
**Herbert Langrock und Braut**  
**Richard Langrock und Familie**  
 Beerdigung findet am 28. Mai vormitt. 11.30 Uhr von der Halle des Lindenauer Friedhofes aus statt.

**Natur-Butter endlich frei 15<sup>00</sup>**  
 Allerfeinste frische Auslandsware. . . . . 1/2 Pfund **Mk.**

**F. E. Krüger** und Verkaufsstellen

Leipzig-Norden Heinstraße 26	L.-Eutritzsch Wilhelminenstraße 8	L.-Lindenau Markt 14	L.-Thonberg Reitzenhainer Straße 8	L.-Anger-C. Ungerstraße 2	L.-Gohlis Außere Hallische Str. 79	Klein-Zschocher Dieskaustraße 25	L.-Leutzsch Hauptstraße 92
L.-Möckern Auß. Hall. Str. 275	L.-Reudnitz Dresdner Straße 47	L.-Stötteritz Wasserturmstr. 10	L.-Connewitz Pogauer Straße 11	Zentrum Königsplatz 8	L.-Neustadt Eisenbahnstraße 51	L.-Plagwitz Zschochersche Straße 36	Am Sütplatz Zeitler Straße 40